

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und
Prag, II. f.

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachtredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei Sterben
Einschlüssen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 31. Jänner 1924.

Nr. 27.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Wobei bleibt es?

Nach der Zerschlagung des Deutschen Parlamentarischen Verbandes vereinigten sich die deutschen Agrarier, die Deutschdemokraten und Christlichsozialen in einem Verband, den sie „Arbeitsgemeinschaft“ nannten, während der Rest, Deutschnationalen und Nationalsozialisten, sich in der „Kampfgemeinschaft“ sammelten. Die Formel, nach der die Scheidung der deutschbürgerlichen Parteien erfolgte, stellte man so auf: die Parteien der Arbeitsgemeinschaft vertreten wirtschaftliche Interessen und erstreben die praktische Mitarbeit im Staate, während die Parteien der Kampfgemeinschaft den rücksichtslosen, schonungslosen Kampf gegen die tschechischen Machthaber und den Staat führen wollen. Die gerühmte deutsche Einigkeit hatte in dieser Zersplitterung aber keineswegs ihr Ziel erreicht, denn kaum waren die Kampfgemeinschaftler unter sich, schien sie keine andere Sorge zu leiten, als wie die Interessen des deutschen Volkes durch weitere Spaltungen gefördert werden könnten. Zwischen Lodgman auf der einen, Anrich und Jung auf der anderen Seite, setzten Eifersüchteleien um die Führung und die Politik der Kampfgemeinschaft ein, die damit endeten, daß sich die Nationalsozialisten von den „Don Quixotieren“ Lodgmans loslagten und seinem „Kampf bis zum letzten Hauch von Kopf und Mann“ als „realpolitisch“ Ziel die Forderung nach dem Selbstverwaltungsrecht entgegenstellten.

Die den deutschen Sozialdemokraten so angelegentlich zum Anschluß empfohlene deutsche Einheitsfront war nun schon in drei einander befehdende Fährlein geschieden. Folgt nun wenigstens die Arbeitsgemeinschaft einer einheitlichen politischen Parole? Weiß wenigstens diese, was sie will und soll? Sind sich wenigstens die Parteien der Arbeitsgemeinschaft über ihre Stellung zu den politischen Verhältnissen im Staate im klaren? Nur der wahrgaltigste Optimismus wird dies behaupten. Während sich die einen etwas reservierter verhalten, veranlassen die andern förmliche Wittgänge zu den tschechischen Machthabern, doch um des Himmels gnädig zu gestalten, daß ihre Vertreter am grünen Regierungstische Platz nehmen dürfen. Bitten, die taube Ohren finden, da die Frage der Mitregierung der Deutschen schließlich doch nicht von der Intensität dieser Bitten, sondern von der Gestaltung der innen- und auch außenpolitischen Verhältnisse abhängt.

Es war besonders die deutsche Agrarpartei, die, seitdem sie aus der Einflussphäre der Lodgman, Jung und Kallina losgekommen, im Annerutschen das Menschenmögliche leistete, immer in der Hoffnung, sie würde um so rascher Gehör finden, je mehr Ueberredungskunst sie gegenüber gewissen tschechischen Parteien auswendet, sich doch lieber mit ihr, statt mit den allerzärtlichsten tschechischen Chauvinisten zu koalieren. Noch auf dem Mitte Jänner in Leitmeritz abgehaltenen Kreistag des Bundes der Landwirte hielt es ihr Führer Krepel für notwendig, um bei den Regierenden jedes Mißtrauen zu verschneiden, auf die verflochten deutschböhmische Landesregierung, die „mit himmelhohen Versprechungen eingezogen“ sei, einige Steine zu werfen und mit seiner ergebensten Loyalität zu parodieren. Dabei empfahl er die Mitarbeit seiner Partei in der Regierung geradezu als ein Schutzmittel zur Verhütung der Korruption, wie sie in dem Spiritusfandal zum Ausdruck gekommen war. Einige Tage später hielt der gleichfalls deutsch-agrarische Abgeordnete J. Mayer in Neudorf eine Rede, die jener Krepel geradezu entgegengeleitet war. „Unsere Zukunft“, so sagte er, „wird nicht in Prag entschieden, sondern wo anders.“ Das klingt anders, als Krepels Flötentöne, der doch gerade in Prag, wie er es ausdrückt, „dem deutschen Volke Anteil an der Macht und der Machtstellung“ sichern will. Wenn sich Kramar, so führte Mayer weiter aus, auf den Kopf stellt, so wird er doch zur Ueberzeugung kommen müssen, daß die Tschechoslowakei kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist. „Unwürdig aber ist es,

Für die sofortige Einberufung des Parlaments!

Eine Resolution des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hat — wie wir bereits gemeldet haben — trotz der energischen Einsprache des Genossen Dr. Czech beschlossen, das Haus erst am 4. März einzuberufen. Dieser Beschluß bedeutet nichts anderes, als daß das Präsidium der Regierung und der Koalitionsmehrheit, welche infolge der Korruptionsstandale der letzten Zeit den Zusammentritt des Parlamentes fürchten, zu Hilfe kommt. In der gestern abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Klubs der Abgeordneten und Senatoren unserer Partei ist gegen die Verzögerung des Zusammentritts des Parlamentes der schärfste Protest erhoben und nachstehende Resolution angenommen worden:

Die Klubs der Abgeordneten und Senatoren erheben entschiedensten Protest dagegen, daß die Nationalversammlung nicht bereits einberufen wurde, sondern erst im März tagen soll.

Die Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit und

Kurzarbeit dauert fort, trotz Lohnabbau ist vom Preisabbau keine Spur, die auswärtige Situation, die für die Tschechoslowakei durch den Vertragsabschluss mit Frankreich entstand, beschämende politische Korruptionsaffären, fordern gebieterisch den sofortigen Zusammentritt der Nationalversammlung.

Weil die Parteien der Mehrheit infolge der letzten skandalösen Vorgänge augenblicklich nicht arbeitsfähig sind und sich bemühen die Spiritusaffäre durch Vertuschungen zu bewältigen, wird die gesetzgebende Versammlung nicht einberufen.

Gegen eine derartige Mißhandlung demokratischer Einrichtungen durch die Bedürfnisse der Regierung und der ihr dienenden Parteien wendet sich die parlamentarische Vertretung unserer Partei, indem sie auf die dringende Notwendigkeit der parlamentarischen Arbeit im Interesse der arbeitenden Bevölkerung verweist.

Die Pfalzfrage.

Frankreich und Belgien schlagen die Prüfung durch die Völkervertragskonferenz vor.

Paris, 29. Jänner. (Havas.) Frankreich hat England vorgeschlagen, der Völkervertragskonferenz die Frage zur Prüfung zuzuwenden, wie die Ordnung in der Pfalz und die Sicherheit der Okkupationsstruppen herzustellen wäre. Belgien stimmt diesem Vorgehen zu.

London, 30. Jänner. (A. R.) Es wird gemeldet, die französische und belgische Regierung hätten der britischen Regierung vorgeschlagen, daß die Frage der separatistischen Bewegung in der bayerischen Pfalz und die Registrierung separatistischer Erlasse durch die interalliierte Rheinlandkommission der Völkervertragskonferenz in Paris abgetreten werde. Dieser Vorschlag wird

als Beantwortung des Vorschlages der britischen Regierung angesehen, welcher dahinging, daß der internationale Gerichtshof im Haag um Auslegung der bezüglichlichen Klauseln des Versailler Friedensvertrages und der Rheinkonvention angegangen werde.

Der französisch-belgische Vorschlag findet in der britischen Presse keine günstige Aufnahme. Die „Daily News“ sagen, es sei klar, daß die englische öffentliche Meinung die Völkervertragskonferenz, was ihre moralische Autorität anbelangt, nicht als gleichwertig mit dem Haager internationalen Gerichtshof ansieht.

sich hineinzubetteln.“ Die „Deutsche Landpost“ hebt in der von ihr abgedruckten Rede Mayers diese Stelle selber im Sperrdruck hervor und bemerkt einseitig zu der Rede, Mayer habe da einen Standpunkt eingenommen, der „zweifellos von der gesamten deutschen Landbevölkerung begrüßt und gebilligt“ werde. Von der Wittprozeßpolitik Krepels will Mayer nichts wissen, dafür empfiehlt er, neuerdings zu trachten, daß „alle Parteien sich zusammenschließen und zusammengehen“. Offenbar will Herr Abgeordneter zum Unterschied von Krepel wieder „kämpfen“, welche Ankündigung die „Deutsche Landpost“ als den „endlichen“ eingetretenen „frischen und gesunden Wind“ freudig begrüßt. Auch wenn man in der agrarisch-politischen Meteorologie nicht so bewandert ist, daß man sich nicht auskennt, welche die „gesunden“ und welche die schädlichen Winde sind, von denen die agrarische Partei heimgejuchet wird, so muß doch jeder, wenn er hört, daß „gesamte deutsche Landvolk“ stehe hinter der Rede Mayers, daraus schließen, daß der Obmann der Partei, Abg. Krepel, eigentlich als ein Einsamer dasteht, den seine Partei und deren Hauptblatt, im Stiche gelassen haben. Gestern unterstrich die „Landpost“ das Verlangen nach Zusammenschluß der gesamten Opposition und findet plötzlich, daß die Korruption im Staate derart zum Himmel klinkt, daß alle deutschen Parteien den Ruf nach Neuwahlen erheben müßten. Und nun folgt das Schönste:

Selbst wenn, so ruft das Blatt, die jetzige Regierung dann zu außerparlamentarischen Mitteln greifen sollte, so werde „den Vernünftigen ein Kramar mit reinen Händen doch noch lieber sein, als eine sogenannte parlamentarische Institution mit schmutzigen“. Das ist nichts anderes als ein Fußfall vor Kramars Faschisten!

Während Krepel und Spina die Mitarbeit in der Regierung zu erbitten suchen, sind Mayer und die „Landpost“ dagegen. Und alle gehören doch ein und derselben Partei an! Der Obmann der Partei versichert die Tschechen der Loyalität zum Staate, will die Teilnahme seiner Partei an einer parlamentarischen Regierung, Mayer, der Klubkollege, dagegen nennt das Betteln Krepels „unwürdig“ und will lieber den Deutschen parlamentarischen Verband aufs neue ersehen. Und das agrarische Zentralorgan vollends will das Parlament zur Auflösung bringen und ruft nach dem Fascistengeneral Kramar als Retter! In der deutschen Agrarpartei scheinen der „Winde“ viele zu wehen. Offenbar hat die Partei den Ehrgeiz, die deutsche Einigkeit aus dem verflochtenen Deutschen parlamentarischen Verband im Kleinformat darzustellen. Es ist wirklich kläglich um die deutschbürgerliche Politik bestellt. Und vor solchen steifleinernen Helmen, wie es ihre Träger sind, sollen die Machthaber Respekt empfinden!

Die beiden Sachverständigenausschüsse in Berlin.

Das Arbeitsprogramm.

Berlin, 30. Jänner. (Eigenbericht.) Die Mitglieder des Ersten Sachverständigenausschusses der Reparationskommission sind gestern abends in Berlin eingetroffen und hielten heute eine vorbereitende Sitzung ab. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird das strengste Stillschweigen beobachtet. Das Sekretariat der Sachverständigenausschüsse wird lediglich offizielle Berichte herausgeben.

Das Komitee für Budget und Währung veröffentlicht folgendes Kommuniqué: „Das erste Sachverständigenkomitee trat heute vormittag elf Uhr zusammen. Es hat beschlossen, sich an den Reichskanzler zu wenden, um die Verbindung mit den Personen herzustellen, die offiziell befugt sind, Auskunft über die technischen Fragen zu geben, mit denen sich das Komitee zu befassen hat. Das Komitee hat den Wunsch, seine Untersuchungen in Berlin mit der möglichsten Eile durchzuführen. Aber es beabsichtigt nicht, seinen Bericht vor seiner Abreise abzuschließen. Das Komitee hat weiterhin beschlossen, seine Arbeiten heute nachmittags in den Unterausschüssen fortzusetzen.“

Heute erfährt man, daß von dem Ersten Ausschuss zuerst die Budgetfrage des Reiches und sodann die Währungsfrage behandelt werden soll. Besonders sollen die finanziellen Ergebnisse der Eisenbahnen und die Steuererträge untersucht und darüber beraten werden, ob die Belastung der Staatsbürger mit neuen Steuern möglich sei. Im Anschluß daran soll das Projekt der zu schaffenden Goldnotenbank behandelt werden.

Der Zweite Sachverständigenausschuss, dessen Mitglieder heute in Berlin eintrafen, wird voraussichtlich bei der Prüfung der Frage, in welcher Höhe das deutsche Kapital nach dem Auslande gebracht wurde, wahrscheinlich auch die Einsichtnahme in die Bücher der Großbanken verlangen. Hier verpricht man sich von der Arbeit der beiden Kommissionen eine Erleichterung der politischen Lage, da man der Ansicht ist, daß die Untersuchung die von der Reichsregierung gegebene Schilderung über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Deutschlands bestätigen wird.

Eine Denkschrift der Reichsregierung.

Budgetberechnungen für 1924.

Berlin, 30. Jänner. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische Parlamentsdienst erfährt, daß die Reichsregierung den Sachverständigenkommissionen eine Denkschrift überreichen wird, die eine vorläufige Uebersicht über den Haushalt des Reiches für das Jahr 1924 enthält. Darnach weist der ordentliche Etat auf: 4004 Millionen Goldmark Besitz- und Verbrauchssteuern, 1060 Millionen Zölle und Verbrauchssteuern und 60 Millionen Verwaltungsbeimnahmen, dazu kommen außerordentliche Einnahmen von 130 Millionen (Gewinne aus der Münzprägung in der Höhe von 90 Millionen). Diesen ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen in einer Gesamthöhe von 5274 Millionen stehen ordentliche Ausgaben gegenüber, wie z. B. Verpfändung und Tilgung der Reichsschuld 156 Millionen, Kriegsschädigtenfürsorge 810 Millionen, Meer und Marine 450 Millionen, Polizei 208 Millionen, Erwerbslosenfürsorge 500 Millionen usw., zusammen 4942 Millionen ordentliche Ausgaben, dann außerordentliche Ausgaben von 130 Millionen und schließlich Ausgaben für die Ausführung des Vertrages von Versailles in der Höhe von 640 Millionen Goldmark, worunter 360 Millionen auf Besatzungskosten entfallen.

Den Gesamtausgaben von 5712 Millionen stehen Einnahmen von 5274 Millionen gegenüber, so daß sich ein Fehlbetrag von 438 Millionen ergibt. Diese Zahlen seien wegen des Uebergangszustandes, in dem sich die Finanzverwaltung noch befindet, nur Schätzungen. Nicht berücksichtigt sind in diesem Budget Post und Eisenbahn.

Verhandlungen zwischen England und Rußland.

London, 30. Jänner. Wie Reuter erfährt, nahmen die Unterhaltungen über die Beziehungen Englands zu Rußland ihren Fortgang. Indessen sei gegenwärtig von der Entsendung einer Kommission nach Rußland nicht die Rede.

Beigelegte Kabinettskriege in Preußen.

Berlin, 30. Jänner. (Eigenbericht.) Auf ein Haar wäre heute eine dreitägige Kabinettskriege ausgebrochen. Der Kampf zwischen den Parteien und der Regierung um die Grundsteuer hat sich heute in solchem Maße zugespitzt, daß schon mit dem Austritt der Koalitionsregierung gerechnet wurde. Im letzten Augenblick gelang es, das Zentrum, das bei der Verabschiedung des Gesetzes den agrarischen Wünschen in weitestgehendem Maße Rechnung tragen wollte, zu bestimmen, sich mit dem von den übrigen Mehrheitsparteien vereinbarten Entwurf der Grundsteuer-Vorlage einverstanden zu erklären. Damit ist die Regierungsmehrheit für die Vorlage gesichert. Für die Kleinbauern und Zielder-Kolonisten sind Erleichterungen in Aussicht genommen worden, denen der Finanzminister zustimmen wird.

Starker Abbau der Besatzungstruppen.

Paris, 30. Jänner. Die Blätter melden nach der Agentur „Radio“ aus Brüssel, daß die französischen Besatzungstruppen, welche bei Beginn der Ruhrbesetzung 10.000 Mann zählten, auf 24.000 und die belgischen von 7000 auf 4000 herabgesetzt worden sind. Ferner verlautet, daß vom 1. Februar an die belgischen Abteilungen, die sich bisher unter dem Kommando des französischen Generals Degoutte befanden, unter dem Oberbefehl des belgischen Generalleutnant Burguet gestellt werden sollen.

Wieder ein Anschlag gegen einen Separatistenführer.

Berlin, 30. Jänner. Aus der Pfalz wird gemeldet: Der Vizebürgermeister von Pöhlheim, Gumbinger, der als Separatist bekannt ist, wurde in der Nähe von Pöhlheim auf der Landstraße durch Revolvergeschüsse schwer verwundet. Die Täter sind entkommen.

Ein Briefwechsel Macdonald-Poincaré.

London, 30. Jänner. (Sabas.) Dem „Daily Telegraph“ zufolge verfasste Macdonald in einem an Poincaré gerichteten Schreiben denselben seiner vollen Aufrichtigkeit und Bereitwilligkeit, mit ihm über eine engültige und vollständige Regelung der die beiden Länder interessierenden internationalen Probleme zu verhandeln. Er erwartet, daß Frankreich denselben Geist der Verschönllichkeit, in welchem er jede wichtige Frage lösen wolle, bekunden werde.

Die Antwort Poincarés wurde mit gewissen Vorbehalten erwartet, denn es ist nicht das erste Mal, daß der britische Ministerpräsident seine Hand zum freundschaftlichen Händedruck anbietet und diese nicht immer ergriffen worden ist. Es hat den Anschein, daß die Antwort Poincarés sympathisch ist, was zu Hoffnungen Anlaß gibt, daß die Diskussion über schwierige Fragen, die ihrer Lösung harren, in einer besseren Atmosphäre erfolgen wird.

Die Alliierten unter sich!

Die Franzosen halten englische Transporte an.

London, 30. Jänner. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, daß die Anhaltung einer englischen Bahnladung militärischer Kriegsvorräte in Runderoth durch die Franzosen eine ernste Angelegenheit sei. Das Abschneiden wesentlicher militärischer Vorräte würde die Stellung der Engländer in Adn unerträglich machen. Macdonald erhob in Paris energischen Protest gegen dieses Vorgehen und forderte, daß die Freiheit der englischen Verbindungen wiederhergestellt werde.

Liebe und Ehe.

Von Rosa Mayreder.

Aus dem Aufsatz „Wandlungen der Ehe“, der in der soeben erschienenen interessanten Aufsatzsammlung der bekannten Vorkämpferin der Frauenbewegung enthalten ist, die unter dem Titel „Geschlecht und Kultur“ beim Verlag Eugen Dieberichs, Jena, herauskam. Die Red.

Gegen die Auflösung der Ehe von den verpflichtungen äußeren Banden im Interesse der Liebesfreiheit erhebt sich vor allem der schwerwiegende Einwand, daß die Liebe als geschlechtliche Leidenschaft ein vorübergehender Zustand ist, weshalb man eine Einrichtung nicht auf ihn begründen könne, die den Interessen der Nachkommenschaft ebenso zu dienen hat wie denen des beteiligten Paares, eine Einrichtung, zu deren wesentlichsten Erfordernissen somit Dauer und Zuverlässigkeit gehören.

Es ist wahr: die Liebe als Leidenschaft ist kein bleibender Zustand. Wenn das Fortpflanzungsinteresse und die individuelle Liebesanregung ein wäre, wie die Schopenhauer'sche Metaphysik der Liebe lehrt, hätte sie mit der Erfüllung dieses Willens ja schon ihren Zweck verloren. Zwar überdauert sie ohne Zweifel in sehr vielen Fällen die Geburt des ersten Kindes, die ihr vermeintlicher metaphysischer Anlaß war; in nicht weniger zahlreichen Fällen aber nimmt sie mit der sexuellen Erfüllung allmählich ein Ende. Von den meisten modernen Anhängern der freien Liebe wird sie als vorübergehender Zu-

Das italienisch-jugoslawische Abkommen.

Rom, 29. Jänner. (Stefani.) Heute abends sind acht diplomatische Dokumente betreffend den in diesen Tagen in Rom zwischen Italien und Jugoslawien unterfertigten Vertrag veröffentlicht worden. Das erste Dokument ist der Pakt über die Freundschaft und die herzliche Zusammenarbeit der beiden Staaten.

Im zweiten Dokumente verpflichten sich die beiden Staaten, einander sämtliche Abkommen, an denen sie mit Rücksicht auf ihre Politik in Mitteleuropa ein Interesse haben, mitzuteilen. Sie erklären, daß in dem Freundschaftspakte nichts enthalten ist, was mit den Bündnisverträgen Jugoslawiens mit der Tschechoslowakei und Rumänien in Widerspruch stände.

Das dritte Abkommen betrifft Fiume. Italien anerkennt in demselben die volle Souveränität über den Hafen von Boros und das Delta. Jugoslawien anerkennt die volle Herrschaft Italiens über den Hafen von Fiume und das im Vertrage von Rapallo festgesetzte Gebiet mit dem gemäß diesem Abkommen vorgenommenen Verlichtungen. Italien verpflichtet sich, Jugoslawien für fünfzig Jahre um den Betrag einer Goldlire jährlich in dem großen Fiumaner Hafen ein Paktin mit Lagerhäusern zu vermieten. Der Bahnhof von Fiume wird ein internationales

Grenzregime erhalten. Die jugoslawische Niederheit von Fiume wird die gleichen Rechte besitzen, wie die italienische Niederheit in Dalmatien gemäß den internationalen Verpflichtungen. Innerhalb einer Frist von längstens zwei Tagen seit Unterfertigung des Vertrages werden die Ratifikationen ausgetauscht werden.

Das vierte und fünfte Abkommen enthält zwei Zusatzkonventionen zum Fiume-Pakt; sie regeln die wirtschaftlichen Beziehungen in der Grenzzone und die Vermietung des Bassins im großen Hafen.

Das sechste Dokument enthält eine Erklärung Italiens, in welcher das St. Hieronymus-Institut in Rom den jugoslawischen Katholiken zugesprochen wird.

Das siebente Dokument ist eine Deklaration, durch welche sich Italien verpflichtet, ebenfalls durch ein Abkommen die Autonomie der serbischen orthodoxen Gemeinden in Italien zu regeln.

Das achte Dokument enthält eine Erklärung, durch welche sich Italien verpflichtet, sobald als möglich, das Problem des Austausches von Kronen gegen Lire an die slowenischen Kooperationsräte in Venedig und im jugoslawischen Gebiete zu regeln.

Die Meldungen einiger Blätter von der Ausdehnung der Amnestie auf die Minister des Kabinetts Radoslawa und einige druschbasische Minister sind unrichtig.

Die Regierung hat die ehemaligen Minister Ljapcow und Burow nach Paris und London entsandt, um dort bezüglich der Erledigung einiger finanzieller Angelegenheiten zu verhandeln. (Hoffentlich finden die Agenten der Zankow'schen Blutregierung in London einen würdigen Empfang!)

Inland.

Beratungen der parlamentarischen Vertretung unserer Partei.

Mittwoch den 30. Jänner fand in Prag eine gemeinsame Sitzung der Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt, in der die politische Situation eingehend erörtert wurde. Gegen die Verzögerung der Einberufung der Nationalversammlung nahm die Sitzung in entschiedener Weise Stellung. An anderer Stelle veröffentlichten wir den Beschluß hierüber. Die Klubs beschäftigten sich mit der Durchführung der Bodenreformgesetze, den nun angekündigten Verstaatlichungsmaßnahmen. Die Sitzung beschloß, neuerlich bei der Regierung vorzusprechen und von ihr zu verlangen, daß endlich die deutsche Bevölkerung eine Vertretung im Bodennamte erhält. Nach einem eingehenden Referat über das Gausetz und die vermutlichen Absichten der tschechischen Parteien über die Novellierung dieses Gesetzes wurde ein besonderer sechsgliedriger Ausschuß eingesetzt, der alle einschlägigen Fragen zu beraten und die Vorarbeiten für die parlamentarische Tätigkeit vorzubereiten hat. Bei der Erörterung der außenpolitischen Situation des Staates wurde der Bündnisvertrag

Die Wiederaufbau-Korruption in Frankreich.

Drei Viertel der Kammermitglieder in Angst vor der Revision.

Paris, 30. Jänner. Die Finanzkommission der Kammer hat sich heute vormittags in einer dreistündigen Beratung in Anwesenheit des Finanzministers und des Ministers für die besetzten Gebiete mit der Revision der Kriegsschäden befaßt. Es wurde ein Text angenommen, demzufolge sich die Revision auf alle ausbezahlten Entschädigungen über eine halbe Million Franken erstrecken soll. Der Beschluß der Kommission wurde mit fünf gegen vier Stimmen, bei vier Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen wird der Änderungsantrag Ringuier auf die Revision der Schäden, die im Jahre 1914 mit einer halben Million besetzt wurden, abgelehnt.

In der Nachmittagsitzung der Kammer legte der Berichterstatter der Finanzkommission, Bokanowski, den von der Kommission verfaßten Text vor und empfahl ihn der Kammer zur Annahme. Abg. Dujardin protestierte gegen denselben und erklärte, daß dadurch das gesamte Entschädigungsgesetz auf den Kopf gestellt werde. Abg. Ringuier nimmt gegen den Antrag der Finanzkommission Stellung, weil die Ueberprüfung einer so großen Anzahl von Fällen ungemein viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

Poincaré erklärte schließlich, daß die Regierung sich dem Antrage der Kommission oder irgend einem Vermittlungsantrag anschließen werde, damit möglichst rasch an die Arbeit geschritten werden könne.

Bokanowski erklärte sodann, daß die Kommission statt der Ziffer 500.000 die Ziffer 800.000 in den Text einsetzen werde. Der Schluß der Debatte wird durch Handaufheben beschlossen.

Der weiße Terror in Bulgarien wüthet weiter.

Sofia, 29. Jänner. Die Polizei hat einen jugoslawisch-bulgariische Grenze überschreitenden druschbasischen Kurier verhaftet. Infolge des bei ihm vorgefundenen Materials wurden Druschbaschen und Kommunisten verhaftet.

stand aufgefacht; und in ihrer gewöhnlichen Erscheinung rechtfertigt sie die Annahme, daß dieselben Kräfte, welche die Kreuzung der beiden Bahnen in einem Schnittpunkte bedingten, im nächsten Augenblick auch schon ein beginnendes Auseinandergehen hervorrufen, welche von da ab unaufhaltsam zunimmt. Und das Auseinandergehen dürfte nach einigen Jahren wohl meistens weit genug gediehen sein, um eine Lösung des Verhältnisses und eine gegenseitige Freigabe zu neuer Auslese zu bewirken.“ (L. Gumplovicz.)

Gibt es aber nicht dennoch etwas Dauerndes in der Liebe, das sich von dem Vergänglichkeiten in ihr unterscheidet und sie in einen bleibenden Zustand verwandelt? Ist jede glückliche Ehe nur ein Geschenk des Zufalls, bloß ein Treffer in der Lotterie des Lebens, der von dem inneren Wert und Willen der Persönlichkeit so wenig abhängt wie ein Treffer in einer anderen Lotterie? — Ein Bündnis, bei dem der erste Konflikt den Herz fortschreitender Zerkleinerung bildet, statt den Ausgangspunkt eines tieferen Zueinanderwachsens und Verstehens, kann allerdings nicht Ehe genannt werden; es ist nichts weiter als ein sexuelles Verhältnis, über dessen Dauer zufällige Umstände entscheiden.

Daher wissen auch jene Paare keineswegs, was Ehe im tieferen Sinn bedeutet, die vor der Heirat die Ueberreife reifen, daß sie nur so lange miteinander leben wollen als ihr gegenseitige Liebe eben dauert. Auf Grund einer solchen Ueberreife kann keine Ehe entstehen.

Denn die Grundlage der Liebe ist nicht allein die Liebe, sondern vielmehr der Wille zur Dauer der Liebe.

mit Frankreich und seine Folgen besprochen und die Stellungnahme der Klubs für die Nationalversammlung bestimmt. Ueber den Stand der Verhandlungen der Sozialversicherungsvorlage wurde ebenfalls ein ausführlicher Bericht erstattet, an den sich eine lebhaft Diskussion schloß. Einen breiten Raum nahm die Beratung betreffend den Mieterschutz in Anspruch. Die Stellungnahme der parlamentarischen Vertretung wurde in einer besonderen Resolution festgelegt. Ueber Anregung der Klubs erhalten die Parteioptionen Vorschläge wegen der Abhaltung von Versammlungen, die sich vornehmlich mit außenpolitischen Fragen, der Sozialversicherung und dem Mieterschutz beschäftigen sollen. Ferner beschloß die Klubs, sofort einen Antrag wegen des Nachlasses der Personaleinkommensteuer für Arbeiter und Angestellte einzubringen.

Das Präsidium wurde beauftragt, beim Ministerpräsidenten Svehla vorzusprechen, um mit ihm die wichtigsten in der Klubtagung erörterten politischen und wirtschaftlichen Fragen zu besprechen und unsere Forderungen zu vermitteln.

Im übrigen beschäftigte sich die Sitzung mit verschiedenen parlamentarischen Vorbereitungen für die Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsvermittlung, das Betriebsauschüßengesetz und erledigte eine Reihe interner Klubangelegenheiten. Um den Parteifonds zu kräftigen, beschloß die Klubs, pro Mitglied und Monat weitere 300 bis 500 Kronen freiwillige Beiträge zu leisten, außer dem bisher entrichteten Beitrag von 700 Kronen monatlich für den Pressefonds und andere Zentralparteiinstanzen.

Kommunistischer Eiertauß

Das artistische Programm der Kommunisten hat eine gelungene Bereicherung erfahren. Zu den Turnübungen der russischen Partei mit ihrer Opposition und zu dem Reigen der SPD, um den m. h. lungenen Oktoberputsch gesellt sich nämlich jetzt noch der internationale kommunistische Eiertauß um die englische Arbeiterregierung. Wie possierlich da die verschiedenen kommunistischen Hopsen sind, möge Folgendes veranschaulichen:

Im Leitartikel der Mittwochnummer des Reichenberger „Vorwärts“ heißt es:

„Die englische Arbeiterregierung... konnte nur zustandekommen, weil die Bourgeoisie sie erlaubte. (Sperdrud im Original.) Es ist klar, daß die Bourgeoisie diese Regierungsbildung nicht geduldet hätte, und sie hätte sie ohne Gewaltmittel verhindern können, wenn sie von dieser Regierung eine Gefährdung ihrer Herrschaft und ihrer Besitzrechte befürchten müßte. Man braucht sich auch nur vorzustellen, welche ungeheure Macht und welche ungeheuren Besitz die englische, zu herrschen gewohnte Bourgeoisie ihr eigen nennt, um die ganze Lächerlichkeit des Gedankens zu begreifen, daß sie sich all dies widerstandslos rauben lassen würde, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung durch eine Abtötung bei Parlamentswahlen den Sozialismus verlangt.“

An einer anderen Stelle desselben „Vorwärts“-Artikels heißt es wiederum, daß „die englische Bourgeoisie die Bildung einer Arbeiterregierung zuläßt“...

Diesen Willen zur Dauer nennt Meher-Benich in seinem Buch über die sittlichen Grundlagen der Ehe das unterscheidende Merkmal derselben von anderen Geschlechtsbeziehungen. Da er jedoch der Meinung ist, daß die Liebe durch den Willen nicht beeinflusst werden kann, scheidet er seine Auffassung dahin ein, daß unter dem Willen zur Dauer der Liebe nur der innige Wunsch der Dauer zu verstehen sei.

Damit berührt das Problem der Ehe einen der schwierigsten Punkte der Psychologie, ein Gebiet, das bisher dunkel geblieben ist wie das Wesen der Liebe als solches.

Entgegen der allgemeinen Ansicht, daß der bewusste Wille keine Macht über die Liebe habe — was auch Durand in seiner Psychologie der Liebe behauptet — läßt sich die Auffassung verteidigen, daß der Wille zur Dauer ganz wesentlich dazu beitragen kann, der Liebe Dauer zu verleihen. Genau genommen hat der Wille in der Liebe nicht mehr, aber auch nicht weniger Einfluß als im menschlichen Gefühlsleben überhaupt. Es gibt eine Disziplinierung des Empfindens wie es eine Disziplinierung des Denkens gibt; der innere Vorgang beruht in beiden Fällen auf einer Willensanstrengung nach bestimmter Richtung, auf einem Entschluß, den man zur Sache der Persönlichkeit macht. Eine Ehe schließlich heißt, sich mit seiner Persönlichkeit für die Dauer der Liebe einzusetzen wollen. Und nur unter dieser Bedingung wird man den Entschluß wirklich durchführen können, ein anderes Wesen zu völliger Lebensgemeinschaft an sich zu binden.

Wenn man die Ehe von ihren außerpersönlichen Voraussetzungen lösen will, kann ihr Vortang und ihr Artunterschied gegenüber an-

deren sexuellen Verhältnissen nur in dieser Willensleistung bestehen, die den Einzelnen über die egoistische Begrenzung seiner Person hinausführt. Diese Willensleistung ist es, die das Wesen der Ehe, abgesehen von ihrer wirtschaftlichen und generativen Bedeutung, als eines rein persönlichen Bündnisses ausmacht, mit dem Unterschied, daß in der alten Ehe die Vorstellung der Pflicht den Willen anspannte, während er in der Liebesche durch die Vorstellung der freien Hingebung geleitet wird.

Eine Begriffsbedingung der Liebesche also würde am ehesten lauten können: Ehe ist der Wille, in einer geschlechtlichen Verbindung die Liebe als jene Form der Lebensgemeinschaft zu verwirklichen, die aus zwei Personen verschiedenen Geschlechtes eine geistliche Einheit macht. Dazu gehört der Entschluß, das Schicksal einer zweiten, an eine andere physische Lebensform gebundenen Person auf sich zu nehmen und es unerschütterlich zu tragen wie das eigene.

Dieser Wille braucht nicht erst verstandesmäßig in die Liebe hineingetragen zu werden; je tiefer und inniger sie ist, desto deutlicher tritt er als eines ihrer Grundelemente hervor. Die Ehe ist die Verwirklichung der Liebe in dem Sinne, daß sie jene Leistung planmäßig vollbringt, die zwar im Wesen der Liebe liegt, aber ohne Leitung der Vernunft, und daher unzuverlässig und unberechenbar dem Wechsel der erotischen Stimmung anheimgegeben. In der Ehe soll das, was die Liebe in einer vorübergehenden Erhöhung psychischer Fähigkeiten müde los erweist, ohne es festhalten zu können, durch Willensanstrengung in einen dauernden Zustand verwandelt werden.

Wille zur Dauer — das heißt mit einem ab-

Ferner: „...sonst könnte sie (die Bourgeoisie) nicht mit solcher Seelenruhe die ganze Regierungsgewalt in die Hände von Arbeitern legen.“

Und so weiter der „Vorwärts“ auf Seite 1 und 2. Auf Seite 3 kommt dann Sinowjew zu Wort, aus dessen Rede auf dem Parteitag der russischen Kommunisten der „Vorwärts“ unter anderem Folgendes wiedergibt:

„Trotzdem die Bourgeoisie in England die größte Macht darstellt, sieht sie sich gezwungen, die englische Arbeiterpartei die Regierungsgeschäfte übernehmen zu lassen.“

„Also „duldet“ sie und „läßt mit Seelenruhe zu“ oder „sieht sie sich gezwungen“? Wobei bleibt's? Wer hat Recht? Die erste oder die dritte Seite des „Vorwärts“? Und wie ernst ist bei solchen Eiertänzen all' das zu nehmen, was die Kommunisten über die englische Arbeiterregierung sagen?!

Ausland.

Eine neue Regierung in Lettland. Die bereits gemeldet, wurde das Kabinett Meierowicz durch die Demission des sozialistischen Finanzministers Punga ersetzt. Dazu kam das dem Kriegsminister durch das Parlament votierte Mißtrauen, das ihn zum Rücktritt zwang. Der Ministerpräsident teilte nun dem Parlamente mit, er nehme die Demission des Kriegsministers nicht an und trete mit dem gesamten Kabinett zurück. Dieses Vorgehen wurde auf Antrag der Linksozialisten als verfassungswidrig erklärt. Nun kam eine Koalition der Jungwirte und der lettischen Arbeiterschaft zustande, die ein Kabinett des ehemaligen Landwirtschaftsministers W. Samuēls, der zugleich das Justizportefeuille übernimmt, bilden.

fahren und begründet in ausführlicher Weise die Umstände, die dazu führten, daß vom Nummeldeverfahren nicht Abstand genommen werden konnte.

Was die Frage der freien Arztwahl angeht, macht der Generalberichterstatter auf den vorherrschenden Irrtum aufmerksam, daß die Vorlage die freie Arztwahl unmöglich mache und sagt, daß sie im Gegenteil die freie Arztwahl nicht ausschließt, nicht verbietet, auch nicht gebietet. Ueber die freie Arztwahl hat ausführlich Abgeordneter Johannis gesprochen und aus dessen Ausführungen sei hervorgegangen, daß die freie Arztwahl Licht- und Schattenseiten hat und daß es nötig sein wird, zu überlegen, was intensiver ist, die Vor- oder die Nachteile. Es wurde erklärt, daß in der Vorlage zu wenig Berücksichtigung der Schiedsgerichte vorgesehen seien.

Ursprünglich hieß man dafür, daß eine Bestimmung genügt, nach der die Zentralsozialversicherungsgesellschaft weitere Schiedsgerichte errichten kann, wenn sie sich als notwendig erweisen. Wenn aber die Ausschüßmitglieder dafür halten, daß bereits im Gesetze weitere Schiedsgerichte festgelegt werden, so hat der Berichterstatter nichts dagegen und man könnte sich in dieser Sache leicht einigen. Was die Beschwerden gegen die Bestimmung, daß die Besitzer aus jenen Personen gewählt werden, welche in einer Entfernung von 25 Kilometern vom Orte des Gerichtes wohnen, besonders die Beschwerde des Abgeordneten Laub, daß diese Bestimmung in die Vorlage deshalb aufgenommen wurde, damit ohne Deutsche verhandelt werden könne, anlangt, erklärt Winter, daß dem nicht so sei, und daß diese Bestimmung bloß deshalb aufgenommen wurde, weil die bisherige Erfahrung lehrt, daß die Besitzer, wenn sie außerhalb des Umkreises des Gerichtes wohnen, nicht kommen und die Verhandlung vertagt werden muß. Diese Bestimmung ist aber nicht unantastbar und kann geändert werden.

Zum Schlusse versichert der Berichterstatter, daß ihm jede Bestrebung, die Opposition von der Mitarbeit am großen Werke auszuschließen, ferngelegen sei und führt an, daß sein Ausspruch, daß die Grundzüge, auf denen die Vorlage aufgebaut ist, nicht geändert werden können, nicht bloß die Opposition, sondern auch die Mehrheit betrifft. Wenn die Regierung eine Vorlage unterbreitet, welche in ihren direkten Folgen zweieinhalb Mill. Leute betrifft, und in ihren Endfolgen fast fünf Millionen Menschen, sowie das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben, muß sie sich über die Grundzüge, auf denen die Vorlage beruht, nicht selbst klären sein, sondern sie steht und fällt auch mit diesen Grundzügen. Solange wir keine andere Regierungsformation haben, welche insstande wäre, den mit der Gesetzgebung dieser Vorlage verbundenen Kostenaufwand durch einen Budgetbeschluss zu erreichen, bis zu der Zeit muß die Formation, welche für ihre Gesetzgebung garantiert, auf ihren Grundzügen beharren. Durch diese Vorlage wird die Minderheit nicht verewaltigt und es ist daher nicht am Platze, wenn Abgeordneter Laub sich auf irgend eine alte Broschüre Dr. Winters beruft. Die von der Opposition überreichten Anträge werden gerecht und unparteiisch geprüft werden. Es ist zu erwarten, daß nicht nur die derzeitige Mehrheit, sondern auch die Minderheit für sie stimmen wird, auch wenn sie mit irgend einer Bestimmung der Vorlage nicht übereinstimmt. Was die Vorwürfe über das rasche Tempo der Verhandlung der Vorlage anlangt, so versichert der Berichterstatter, daß über keine Vorlage so detailliert und ernst beraten wurde.

Zum Schlusse spricht der Berichterstatter den Wunsch aus, daß in den Ausschüßdebatten ununterbrochen sorgfältig werde, damit alle Bestimmungen detailliert verhandelt werden können und beantragt, daß die Vorlage zur Grundlage der Spezialdebatte genommen werde, und daß mit dieser Debatte ein engerer Ausschüß betraut werde, welcher Antrag auch angenommen wurde.

Wie vieles unter uns gleicht einem überfluteten Grab: von außen nur Pracht und Stärke, innen nur Moder und Verzweiflung und Totentodent! Eiserne Schienenwege mit feuergefährlichen Wagen verbinden die Enden alles Festlandes; Raus und Dämme und unzählige stahlne Flotten zähmen das Weltmeer zu unserm willigen Lastträger; der Arbeit tausend Arme, von Musteln und Metall, flüchtig allerorten, vom Vergesselpfel hinab zu den Tiefen der Erde und den Höhlen des Meeres, rühren sich unermüdlich im Dienste des Menschen; aber der Mensch ist nicht Herr. Er hat den Planeten unterworfen, seinen Wohnsitz, sein Erbe; aber der Sieg bringt ihm keinen Gewinn. Ein trauriges Schauspiel; auf der höchsten Stufe der Zivilisation haben neun Zehntel der Menschheit sich in dem niedrigsten Kampfe des Wilden abzumühen, im Kampfe gegen Hunger und Tod. Die Länder sind reich, sie gedeihen in jeglicher Weise des Zuwachses, aber die Menschen in diesen Ländern sind arm, mehr als notleidend an allem, was den äußeren und inneren Menschen erhält: Glaube, Wissen, Geld, Nahrung. Schon kann der Mensch nur noch nach Atem ringen und wild aufstöhnen und zwecklos sich umherwälzen, wie einer, der am Irrenstift stirbt. Und es zeigt sich ein Anderswerden oder doch das Unvermeidlichere Herauszischen eines Anderswerdenden, überall offenbar.

Thomas Carlyle (1831).

Deutscher Gesang in der Kirche

14 Tage verhängten Arrest unbedingt!

Am 26. Februar 1922 sangen die Katholiken von Köberwitz im Hultschiner Landchen in der Kirche das deutsche Lied: „Kommet, lobet ohne Ende“... Köberwitz hat aber einen Pfarrer, der es sehr gut versteht, sich den Verhältnissen anzupassen und der auch zu den treuesten Beschützern des Staates gehört. Dem Herrn Pfarrer Ottawa lief über die Freiheit seiner Schäfchen, in der Kirche deutsch zu singen, die Galle über und er verbot einfach den deutschen Gesang. Es dürfe in Zukunft nur tschechisch gesungen werden. Die frommen Leute von Köberwitz ließen sich aber von ihrem Hirten keine Vorschriften machen und sangen am nächsten Sonntag wieder deutsch. Die Folge war, daß die Gendarmerie Erhebungen darüber anstellte, wer denfalls gesungen hatte. Den ausgesetzten Personen wurde der Prozeß gemacht, die Hochverräter wurden dem Landesgerichte in Troppau eingeliefert, das sie zu drei Tagen Arrest, bedingt verurteilte. Gegen diese Strafe legten die Angeklagten Berufung ein. Der Berufung der Angeklagten wurde von dem Obersten Gerichtshof in Brünn keine Folge gegeben, dafür aber der Berufung des Staatsanwaltes. Die bedingte Strafe von drei Tagen Arrest wurde aufgehoben und in 14 Tage verhängten Arrest (unbedingt) umgewandelt.

In der Begründung des Urteiles heißt es: „Es ist festgestellt worden, daß die Angeklagten am 26. Februar 1922 in der Pfarrkirche zu Köberwitz nach der Messe das deutsche Lied „Kommet, lobet ohne Ende“ zu singen anfingen und daß sie den Gesang fortsetzten, trotzdem ihnen der Pfarrer Ottawa das weitere Singen deshalb verbot, weil Köberwitz eine tschechische Gemeinde ist und dort seit jeher bloß tschechisch gesungen wurde. Es ist weiter festgestellt worden, daß es sich den Angeklagten nicht um den Gesang und die Andachtsübung, sondern um eine Demonstration gegen den Pfarrer und gegen das erzbischöfliche Konvikorium in Olmütz handelte, das nicht die Erlaubnis geben wollte, daß in Köberwitz der Gottesdienst deutsch abgehalten werde, indem es feststellte, daß dies eine tschechische Gemeinde ist, in der von alterher in der Kirche bloß die tschechische Sprache gebraucht wurde und daß die Gesuchsteller um den deutschen Gottesdienst — bis auf drei — gebürtige Mährer sind, die die deutsche Predigt nicht einmal verstehen würden. Es ist ferner festgestellt worden, daß der Gesang unter diesen Umständen einen demonstrativen und provokatorischen Charakter hatte, und bei zahlreichen in der Kirche anwesenden Personen, die sich dadurch in ihren religiösen Gefühlen betroffen fühlten, weil damit mutwillig ihr alter Brauch, in der Kirche bloß tschechisch zu singen, gestört wurde, Anstoß erregte. Die Umstände, daß die Tat der Angeklagten nach vorausgehender Verabredung, also mit reiflicher Erwägung begangen wurde, daß die Angeklagten die Tat, durch die die religiösen Gefühle ihrer Mitbürger schwer betroffen wurden, auch nach den Ermahnungen des Pfarrers Ottawa fortsetzten, und daß sie sich zum Orte der gegen den Pfarrer gerichteten Demonstration einen gebührenden Ort — die Kirche — auswählten, deutet auf einen solchen Charakter der Angeklagten hin, daß im Hinblick darauf, daß besondere Umstände, die auf die Besserungsfähigkeit der Angeklagten hinweisen würden, nicht vorliegen, die bloße Androhung der Strafe ihnen kaum eine genügende Warnung bilden wird, sich in Zukunft auch ohne Strafvolzug zu bessern.“

Daß Köberwitz eine tschechische Gemeinde ist, glaubt doch nicht einmal die berühmte Frau Blafsch. Wie das Hultschiner Gebiet tschechisch gemacht wurde, das haben wir bei der Volkszählung erlebt und die Gemeindevorwahlen haben es zur Genüge bewiesen, daß das Hultschiner Gebiet mehr als zwanzig Prozent deutsche Bevölkerung hat. Das sind jene Leute, die sich nicht korrumpieren ließen, weder durch Grund und Boden, noch durch sonst etwas. Und der Herr Pfarrer Ottawa glaubt dieses Märchen selbst nicht. Die bestraften Katholiken sollten dieses gelbe Haupt einmal fragen, ob es sich dem Herrgott nicht gleichgültig bleibt, in deutscher oder in tschechischer Sprache gepriesen zu werden? Oder ist es jetzt in Köberwitz, seit Herr Ottawa seines Zeelforgeamtes waltet, Mode geworden, daß in der Kirche nur deshalb, und zwar tschechisch gesungen wird, damit die tschechische Sprache mehr zu Ehren kommt?

Legt man die Begründung der Urteiles des Obersten Gerichtes nach menschlicher Vernunft aus, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß es in der Kirche nicht gleichgültig ist, ob der eine Teil der Bevölkerung deutsch und der andere tschechisch seine Andacht verrichtet. Im Mittelalter, zur Zeit der Inquisition und des dreißigjährigen Krieges, hat man auch nicht anders gehandelt.

Dieser Fall beweist die Tatsache von neuem, daß die Kirche, eben nur ein Mittel der herrschenden Klasse ist, das dazu dient, die Steuerträger, welche noch nicht richtig katholisch sind, richtig katholisch zu machen. Die ganze Klage und Strafverfolgung wäre nicht möglich gewesen, wenn sich dafür nicht der Herr Pfarrer Ottawa so tüchtig ins Zeug gelegt hätte. Köberwitz folgte tschechischen Schikanen gibt es nur ein Mittel: Wenn es dem Pfarrer nicht recht ist, daß man in der Kirche deutsch seine Andacht verrichtet, so sollen alle, die davon betroffen werden, aus der römisch-katholischen Kirche austreten.

Die Beratung der Sozialversicherung.

Die Replik Dr. Winters.

Ankündigung einer Reform der Unfallversicherung. — Die bisherige innere Organisation der Krankenkassen bleibt aufrecht. — Licht- und Schattenseiten der freien Arztwahl. — Die Schiedsgerichte. — Die Regierung steht und fällt mit den Grundzügen des vorliegenden Entwurfes. — Versprechen, die von der Opposition überreichten Anträge gerecht und unparteiisch zu prüfen.

In der letzten Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses hielt der Berichterstatter Dr. Winter sein Schlusswort. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Vorlage eine ganze Reihe von Bestimmungen enthält, die auf den Weg der Durchführungsverordnung verweisen, führt der Berichterstatter an, daß man grundsätzlich bestrebt war, den Verordnungswege auszuweichen. Nur in Fällen, wo der Verordnungswege unabweichlich notwendig ist, wurde er betreten.

Die Höhe der Versicherungsgebühren enthält die ursprüngliche Regierungsvorlage. Als aber die Regierung die Vorlage änderte, mußte sie auch ihren finanziellen Teil ändern. Die nötigen Durchrechnungen sind vorgenommen worden, so daß ihr Ergebnis in das Gesetz wird aufgenommen werden können. Die Bestimmungen über das Wahlrecht in der Arbeitgeberkurie in den Aufsichtsrat werden noch getagelt werden. Bevor das Gesetz den Ausschüß verlassen wird, wird es hinlänglich fertig sein und es wird nötig sein, auf Gesetze zu verweisen, die irgendwann in der Zukunft ausgegeben werden.

Zu den vom Abgeordneten Laub und Kugera vorgebrachten Beschwerden gegen die Bestimmungen, daß die Sozialversicherung der Arbeiter erst mit der Sozialversicherung der Selbständigen ins Leben treten soll, führt Winter an, daß diese Bestimmung einen jener Grundzüge bildet, auf denen die Vorlage beruht. Die Parteien, die sich verpflichtet haben, für die grundlegenden Prinzipien der Vorlage zu stimmen, können an dieser Bestimmung nichts ändern. Den Vorwurf, daß einige Gruppen von Angestellten, Staatsbeamte, Bergarbeiter und Privatbeamte aus der Sozialversicherung ausgeschlossen sind, lehnt Dr. Winter mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die mit der Aufhebung der bereits bestehenden Institutionen verbunden sind, ab. Wenn es nicht gelingt, in diesen Gruppen die Ueberzeugung zu wecken, daß auch für sie die Einheitlichkeit der Versicherung zweckmäßiger wäre, wird es nicht möglich sein, das Existierende aufzuheben. Es wurde beantragt, die Unfallversicherung mit der Ver-

sicherung der Alten und Jubiliden zu verbinden, so daß auch die Unfallversicherungsteile mit der Durchführung der Invaliden- und Altersversicherung betraut würden. Diese Lösung hat die Kommission abgelehnt. Dr. Winter macht hierbei aufmerksam, daß in der nächsten Zeit wird an die Reform der Unfallversicherungsgesetze geschritten werden müssen. Dies wird eine günstige Gelegenheit zur Durchführung des Grundgesetzes sein, daß die Unfallversicherung in Zukunft nicht von drei getrennten Unfallversicherungsteilen, sondern von einer Zentralstelle durchgeführt werden wird.

Was die Frage der Organisation der Krankenkassenversicherung anlangt, so bemerkt Winter, daß die Ansichten der Parteien nach dieser Richtung hin sehr verschieden sind. Einerseits wird eine einheitliche Territorialkrankenkassenversicherung verlangt, andererseits wird das Bestreben kund, alle gegenwärtigen Versicherungsanstalten nach Vereinigung der Bezirksversicherungsanstalten zu erhalten und die Zahl dieser Krankenkassen durch Gründung landwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Krankenkassen noch zu vermehren. Diese Frage hat einen politischen Hintergrund, weshalb Winter befürchtet, daß sie nicht vom rein sachlichen, sondern vom politischen Standpunkt gelöst werden wird. Zur Frage der inneren Organisation der Kassen bemerkte er, daß der vorliegende Entwurf keine Veränderungen beinhaltet. Die bisherige innere Organisation der Krankenkassen bleibt also nach dem Gesetz von 1920 aufrecht.

Zur Invalidenversicherung sagt der Referent, daß es nötig war, solche Abgaben zu bestimmen, welche wenigstens ein Existenzminimum ermöglichen und auf der anderen Seite unsere Produktion fähig machen, die mit der Versicherung verbundenen Lasten auch zu tragen. In dieser Richtung hin bewegten sich die Erhebungen der Kommission und der Sachleute für Versicherungsmathematik. Gerade deswegen, weil weder der einen noch der anderen Seite voll entsprochen wird, ist die Bildung einer Linie möglich geworden, auf der sich beide Seiten getroffen haben. Der Referent bespricht dann das Nummeldever-

fahren der Vaterschaft durch die Untreue der Frau, denn die Ausbildung der Präventivtechnik gewährt nach beiden Richtungen Schutz.

Die Rechtfertigung der Treue aus der Liebe aber kann nur für beide Geschlechter die gleiche sein. Wenn die Liebe das Einheitsbewußtsein des einen Jais mit dem des geliebten Wesens und die fernste Vereinigung der Ausdruck für dieses Einheitsbewußtsein ist, wie sollte ein Unterschied in dem Verhalten der beiden Beteiligten zueinander bestehen können? Man wendet ein, daß in der feilsch-sinnlichen Konstitution des Mannes das höhere Liebesempfinden nicht so innig und untrennbar mit der Sexualität verknüpft sei wie bei der Frau, so daß ein Mann wohl vermag, ein Geschlechtsabenteurer zu haben, das seine feilsche Treue gegen eine geliebte Frau nicht verlegt. Dann wäre aber die Rechtfertigung des männlichen Vorechtes in Dingen der Untreue nicht in dem Unterschiede der generativen Stellung zu suchen, vermöge welcher der Mann frei, das Weib gebunden ist, sondern in der Unvollkommenheit der männlichen Konstitution. Sie bringe es mit sich, daß unter Umständen das sinnliche Bedürfnis mächtiger wird als alle feilschen Bindungen. In Ansehung einer höheren sexuellen Kultur ist diese Eigenheit der männlichen Konstitution ein schwerer Mangel. Da er aber durch moralische Vorschriften nicht aus der Welt geschafft wird, mag im einzelnen Fall die physische Treue dem Ueberkommen der Eheleute anheimgegeben sein, wenn auch allein die strenge Ausschließlichkeit und ihre heroische Behauptung den Begriff der Ehre erfüllt. Verwerflich unter allen Umständen ist nur der Betrug als der eigentliche Ehebruch, mag die Verletzung der Ausschließlichkeit, die, wenn sie keine Verminderung der Liebe mit sich bringt, nicht zugleich Untreue bedeuten muß.

gegriffenen, um seinen bestehenden Glanz gebrachten Wort Treue. Die Ehe ist ganz auf Treue eingestellt; sie verliert jeden Sinn, sobald man die Treue streicht. Den Wert der Ehe unterziehen, bedeutet, den Wert der Treue für das Seelenleben zum Problem erheben. In einer Zeit, in der die schlaffen Menschen den Sinn des Lebens im Gemüch erbilden, die tieferen in der Fülle innerer Erlebnisse, muß der Wert der Treue stark zurücktreten; denn sie beschränkt den geschlechtlichen Variationstrieb auf das äußerste, der so mannigfaltige Genußmöglichkeiten mit sich bringt, und beschränkt sie die erotischen Erlebnismöglichkeiten, die sie auf eine einzige Person als Quelle verweist. Allerdings vermag die Treue als Quelle des inneren Erlebens alle Mannigfaltigkeiten aufzuwiegen, indem sie an Intensität des Erlebens gewährt, was sie an Extensität verjagt.

Es ist eine sehr verbreitete Meinung, daß Sinn und Bedeutung der Treue für beide Geschlechter nicht gleich seien — die weibliche Treue verbürgt die Echtheit der Vaterschaft, und so sind die Folgen der Untreue bei der Frau unvergleichlich schwerwiegender für den Mann als die des Mannes für die Frau. Diese Auffassung der Treue ist die älteste und primitivste; sie stammt aus Zeiten, in denen weder die Bedeutung der Treue für die Liebe gelten konnte, weil die hohe Liebe als geschlechtliches Phänomen keinen Ehrenplatz im menschlichen Seelenleben einnahm, noch die Bedeutung der männlichen Tugend für die Hygiene, weil es keine venerischen Krankheiten gab oder der Zusammenhang der Ansteckung mit dem geschlechtlichen Verkehr nicht bekannt war. Und beruft man sich in dieser Hinsicht auf Verhütungsmittel, durch welche die Gefahr der Ansteckung ausgeschlossen wird, so fällt auch die Gefahr für die

Wörter den Umgang mit Menschen.

Ihr müßt Herren sein, wollt ihr Herzen ernten. Es gibt zwei Wege, die zu den Menschen führen: Du mußt sie lieben oder hassen, hochschätzen oder verachten.

Die Uebel der Menschheit muß man heilen, unerbittlich, wenn es auch schmerzt; die Schwächen der Menschen muß man mit Nachsicht behandeln.

Es gibt keinen Menschen, der nicht die Freiheit liebt; aber der Gerechtigkeit fordert sie für alle, der Ungerechten nur für sich allein.

Jeder sucht nur den Gleichgearteten, und so begegnen sich nur immer Stein und Stein, Stahl und Stahl, und kein Funke entspringt.

Ludwig Börne.

Tages-Neuigkeiten.

Die „Barone“ Rothchild und Ringhoffer als Mörder.

Der österreichische Abgeordnete Genosse Witternigg hat an den österreichischen Vizekanzler als Chef des Justizreferats im österreichischen Nationalrat eine Interpellation gerichtet, in der es heißt:

Martin Huber, Bahubedienter in Bischofskirchen, war im Jagdgebiet des Herrn Franz Andejer jagdberechtigt. Am 29. Oktober fuhr Huber mit der Bahn nach Badgastein und wollte von dort über die Höhen in sein Jagdgebiet gelangen. Auf dem Wege dorthin traf er einen Mann mit Gewehr, den er nicht kannte. Dieser war, wie sich später herausstellte, ein Wilderer. Huber ging ahnungslos mit ihm. Nach kurzer Zeit gab der Wilderer einen Schuß ab mit dem Bemerkten, er wolle sich sein Gewehr einschließen. Kurz nach dem Schuß wurden drei Herren bemerkbar. Der Wilderer flüchtete sofort.

Huber, der sich in keiner Weise im Unrecht glaubte, blieb stehen und wurde ohne Anruf von einem der drei Herren erschossen. Die drei Herren waren: Jäger Hopfer aus Badgastein, dann die Herren Barone Ringhoffer und Rothchild. Huber fiel, vom Schuß getroffen, nieder und konnte sich nicht wieder erheben. Dies geschah um 10 Uhr vormittags. Huber mußte sich in seinem Blute wälzen und die Dinge abwarten, die da kommen mochten. Um 4 Uhr nachmittags kamen die drei Herren, die Huber angeschossen hatten, an die Stelle, wo er lag. Sie sahen ihn an und da Huber nicht aufblühte, bemerkte der eine: „Lassen wir ihn liegen, er kriecht eh bald!“

Darauf gingen die Herren ihres Weges weiter, ohne irgend etwas zu veranlassen, daß der Schwerverletzte zu Tal geschafft würde. Der Wilderer ging auf Umwegen nach Wülfischlag, verständigte dort die Gemeinde und verlangte, daß Huber zu Tal geschafft und ihm Hilfe zuteil werde. Huber hatte 1 1/2 Stunden in diesem schrecklichen Zustande liegen bleiben müssen. Er wurde später nach Bischofskirchen befördert und erlag dort seinen Verletzungen. Dies hätte unterbleiben können, wäre ihm rechtzeitig Hilfe zuteil geworden.

Huber wurde von der Gendarmerie Bischofskirchen einvernommen. Später wurde seine Frau vom Bezirksgericht Werfen einvernommen — und leither schweigt die Geschichte.

Mag der Fall wie immer sein, mochte auch Huber ein Gesch übertreten haben, so ist doch keinesfalls die wichtigste Sache der Herren Rothchild und Ringhoffer, die sich Barone nennen lassen, gerechtfertigt, einen Menschen wie ein Wild anzuschließen, ihn anzuschauen und liegen zu lassen, ohne eine Hilfe zu veranlassen.

Die Frau und Kinder des Huber sind ihres Ernährers beraubt, die reichen Mordtaten sind unbehelligt.

Der Interpellant verlangt vom Vizekanzler, daß die Angehörigen der österreichischen Justizverwaltung, die in der Untersuchung dieses Mordes Halt machen sollen, zur Verantwortung gezogen werden. Dem Nationalrat möge mitgeteilt werden, was gegen die Mörder veranlaßt wurde.

256 falsche Tausendkronennoten.

Kaisbad, 30. Jänner. (Eigenbericht.) In Rothau wurde in der Nacht vom 29. auf den 30. Jänner in der Wohnung des früheren Professors und Landwirts Josef Heiders sowie dessen Schwester von der Gendarmerie eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der 256 falsche Tausendkronennoten beschlagnahmt wurden. Heider, sowie dessen Schwester und deren Gatte Spindler wurden verhaftet und dem Bezirksgericht Graßitz eingeliefert. Die falschen Noten sollen aus Deutschland stammen. Eine eingehende Untersuchung wurde eingeleitet.

Stranme Sadlin gesucht. Ein Maschinist sollte gestern die Aufmerksamkeit durch folgendes Inserat auf sich:

„Bisflamer Mann sucht energische fr. Dame, Adresse: „Wanda““

Für die Vermittlung zwischen Maschinisten und Sadlin sagt in feinsten Weise, natürlich gegen die entsprechende Inseratengebühr, das „Prager Tagblatt“, aus dem diese Annonce stammt...

Die „Deutsche Landpost“ brachte dieser Tage folgende nette „Kleine Anzeige“, die (mit den Sperrungen des Originals) lautet:

Über und Sauerkef

wie sprunghafte Jungeher und Jungfrau des veredelten deutschen Landstweines aus importierten Elterntieren aus der berühmten Zucht des Freih. von Bogesong in Ebersbach Leipzig hat ständig abzugeben Hans Rüd, Grundbesitzer in Althallen bei Sternberg, Mähren. Die Zuchtstätte steht unter der Kontrolle der deutschen Sektion des mähr. Landesfütterates u. werden die Tiere mit vollständigem Abstammungsnachweis geliefert.

Der Abstammungsnachweis soll jedenfalls dazutun, daß eine veredelte deutsche Jungfrau niemals von einem tschechischen, wenn auch sprunghafigen, Jungeher belegt wurde.

Der leitmeriger Bezirkshauptmann vergiftet?

Die „Prager Abendzeitung“ meldet: Vor längerer Zeit starb in Leitmeritz der 40 Jahre alte Bezirkshauptmann i. R. Dr. Westrußky, der eine Witwe und einen zehnjährigen Sohn hinterließ. Der Leichenbeschauer fand an der Leiche nichts Verdächtiges und so wurde sie ohne Einwand bestattet. Einige Zeit nach dem Tode des Bezirkshauptmannes drangen in die Wohnung der Witwe Diebe und entwendeten verschiedene Gegenstände im Werte von 50.000 K. Das Dienstmädchen kam in Verdacht, bei dem Diebstahle geholfen zu haben. Da sie sich rühmte, verschiedene Gifte zu besitzen, entstand der Verdacht, daß sie Dr. Westrußky vergiftet hätte. Auf Ansuchen der Staatsanwaltschaft feierte Professor Dr. Slavil und Dozent Dr. Bajal in Leitmeritz die exhumierte Leiche. Bei der Obduktion wurde nichts Verdächtiges entdeckt und so wurden Teile der Eingeweide des Verstorbenen in das tschechische Institut für gerichtliche Medizin geschafft, wo sie chemisch auf Gift untersucht werden sollen.

Gewichtsmanto bei Kohlenfuhren. Das Ernährungsministerium hat durch seine Organe zur Bestämpfung des Wachstums dieser Tage eine Ueberprüfung der Kohlenfuhren in Prag durchgeführt und festgestellt, daß bei 25 Fuhren das tatsächliche Gewicht mit dem auf dem Lieferchein verzeichneten nicht übereinstimmte. Bei einer der kontrollierten Kohlenfuhren betrug das Gewichtsmanto sogar 400 Kilo. Die Anzeige an das Landesgericht wurde erstattet.

Die polizeiliche An- und Abmeldung in Prag. Gestern wurde die Kundmachung des Präsidenten der politischen Landesverwaltung im ersten Stück des Landesgesetzblattes für Böhmen, Jahrgang 1924, veröffentlicht, welche genaue Bestimmungen über die polizeiliche An- und Abmeldung in Prag Polizeidirektionsbezirk enthält. Die Anmeldepflicht beim Polizeiamte obliegt dem Hauseigentümer, dem Hausverwalter oder demjenigen, der im Hause die Anmeldepflicht übernommen hat, bezüglich aller Wohnungsinhaber, die in diesem Hause eingetragene oder ungetragene dauernd oder provisorisch Wohnung genommen haben, sowie bezüglich seiner selbst, wenn er in dem Hause wohnt, und bezüglich der Familienmitglieder jener und seiner eigenen Familienmitglieder. — Anmelden ist der Einzug binnen drei Tagen, ebenso wie der Auszug aus dem Hause binnen drei Tagen abzumelden ist, wobei anzugeben ist, wohin die Ueberführung erfolgt. Wer jemandem einzeln oder ungetraglich dauernd oder provisorisch in seine Wohnung oder einen Wohnungsteil aufnimmt, um ihm Wohnung oder Nachtlager in seiner Wohnung in einer Dauer von über einem Tage zu gewähren, muß ihn auch dann, wenn es sich nur um einen Besuch von Verwandten oder Bekannten handelt, binnen 24 Stunden nach der Ankunft beim Polizeiamte anmelden und binnen 24 Stunden nach seinem Abgange dorthin abmelden, wobei anzugeben ist, wohin der Abgang erfolgte. Uebernimmt der Bequartierter später die Wohnung selbst, so muß er neuerlich binnen drei Tagen anmelden werden. Die Anmeldung erfolgt auf den amtlichen Meldeschritten (gelbe für Familien, rote für ledige, grüne für Dienstverloren, Fremdenarten für Personen in provisorischen Wohnungen, Kranke, Pflegekinder und Besuche, die im Polizeirenon längere Zeit als sieben Tage verweilen werden. Die Kundmachung erlangt im ganzen Polizeiprengel am 1. Februar 1924 Wirksamkeit. In den angeschlossen Gemeinden und Ortschaften, die bisher nicht der vollen Wirksamkeit der Polizeidirektion unterliegen, ist vorher eine Konfektion der Bevölkerung durch Anmeldeflecken vorzunehmen. Bis zur Durchführung derselben, bzw. bis zur Zuweisung dieser Gemeinden und Ortschaften an die Polizeikommissariate sind die Meldungen den Gemeindeverwaltungen dieser Gemeinden zu übergeben.

Gewinnung von Radiumerzen in Westböhmen. Im Vorjahre wurde westlich von Marienbad an den Hängen des Bährischen Waldes in ganz geringer Tiefe ein Uran- und Bleibergbau entdeckt. In dieser Gegend wurde schon vor Jahrhunderten Bergbau betrieben, der aber 1756 durch kriegerische Wirren zum Stillstande kam. Das Erz ist angeblich ein einwertiges reicher an Radium als die Joachimsthaler und belgischen Katangaerze, die bisher den Radiummarkt beherrschten. Schon im vergangenen Jahre wurde an drei verschiedenen Punkten das Verteilungsverfahren auf drei Bergwerksfelder vorgenommen und weitere Radiumlinien ermittelt. Zur wirtschaftlichen Ausbannung dieser Lagerstätten hat sich eine Aktiengesellschaft, die „Böhmisches Montan-Attiengesellschaft in Dürmaul bei Marienbad“ gebildet. Außer der Gewinnung der Radiumerze soll auch der alte Bergbau auf Kupfer bei Dreihaden und auf Silber bei Antjeplan in der alten Bergstadt Mikelsberg wieder aufgenommen werden.

Nach sieben Jahren aus Sibirien heimgekehrt. Dieser Tage ist Johann Vanda, ein Sohn des Landesmeisters Josef Vanda in Krnsdorf, aus sibirischer Gefangenschaft heimgekehrt. Er wurde 1916 nach der Brusslow-Offensive bei Stanislaw gefangen

genommen. Sein Leidensweg ging über Reich, Arbitz nach Kongur. Zeit August vorigen Jahres war er unterwegs.

Maskierte Räuber überfallen einen Pfandleiher. In die Pfandleihanstalt des Max Grüntraut in Oberfurt bei Mähr.-Strau kam am Samstag ein Mann, um ein Pfand einzulösen. Während Grüntraut den Pfand einlieferte, zog der Mann einen Revolver und verlangte die Herausgabe des Geldes. In diesem Augenblicke drangen vier maskierte Räuber in den Laden und zwangen mit vorgehaltenen Revolvern den Eigentümer, unter der Drohung ihn zu erschließen, zur Herausgabe von 20.000 K. Ferner raubten sie aus der Kassa noch Pretorien im Werte von 20.000 K und verschwanden, indem sie die Ladenrolltüre hinter sich herunterließen. Der Inhaber des Ladens war vom Schrecken so gelähmt, daß er nicht instande ist, eine Beschreibung der Täter zu geben.

Als Kanonensutter sind alle Klassen der Bevölkerung zu gebrauchen. Eines der wichtigsten Urteile, zu welchen der von der früheren englischen Regierung bezüglich der Erziehung und Ausbildung von Offizieren eingesetzte Ausschuss gelangt ist, lautet dahin, das Ideal, nach welchem das Meer in Zukunft streben solle, bestehe darin, daß englische Offiziere aus allen Klassen der Bevölkerung herangebildet werden sollten. Der Ausschuss bringt in seinem Berichte darauf, daß die den Hören höherer staatlicher Schulen gewährten Stipendien auch Schülern der Militär-Akademie und der Militärschule (College) zuteil werden. Es wird erklärt, daß der Bildungsgrad, welchen Kinder von verhältnismäßig in geordneten Verhältnissen lebenden Eltern an höheren Schulen erreichen, nunmehr höher ist, als dies vor einer gewissen Zeit der Fall war und daß die sozialen und intellektuellen Schranken niedrigeren wurden und noch immer werden.

Rumänien als Vorbild in Korruptionsaffären. Unser Czernowitzer Bruderblatt, der „Vorwärts“, bringt einen Artikel über die tschechoslowakische Spirituosafrage und schreibt im Anschluß daran über die Korruptionsaffären Rumaniens: Hierzulande ist Argetoianu, der als Minister den Staat um Millionen betrogen hat, Ministeramtwärter geworden, auf dessen Schultern Bratianu bei seinem Abgange die Macht liegen möchte. Schatzscheine, die den Staat, dank Herrn Argetoianu, statt 24 Millionen 100 Millionen gekostet haben, sind eigentlich 250 Millionen kosten sollten, sind auch etwas? Wir haben in fünf Jahren an Korruptionsaffären mindestens hundert gehabt, um nur die großen zu nennen: Reichsiga, Gribiva, die Schatzscheine Argetoianus, die Lokomotivlieferung des Obersten Bahle, die Verteilung des englischen Juchtwiehes, den Brand in der Dols von Konstanza, den Verkauf von Messing und Kupfer zu zwei Lei das Kilogramm an eine Privatfirma, den Brand in der Militärmühle in Bukarest, den Brand der Finanzdirektion in Craiova, und, um nur noch die letzten von den „liberalen“ Korruptionen zu nennen, die Vertretungen bei der Generaldirektion des Nationaltheaters, die Unterschlagungen bei der Generaldirektion der Gefängnisse, in denen die ärmsten der Armen, die Sträflinge und Häftlinge dem Hungertode überliefert werden, damit die Gefängnisdirektoren Champagner trinken; der Skandal mit den Pratererewaggons, die Affäre mit der Banca Regionala, die man so in aller Stille vertuschen möchte. Nebenbei hat die Banca Regionala eine Warenabteilung, deren Oberleitung das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen allen Anlaß hat und letztere, aber nicht zuletzt, die „Quoten-Bita“ und andere Affären. — Aus dieser Auslese ersieht man, daß die Bundesgenossenschaft eines Staates, wie es Rumänien ist, sicherlich erstrebenswert ist. Als Vorbild in Korruptionsaffären sicherlich.

Offenbahnhauptmännchen in Frankreich. Auf der Strecke zwischen Tours und Vendome stieg gestern nachts ein Lastzug auf einen Schnellzug, wodurch die Lokomotive und der Speisewagen vollständig zertrümmert wurden. Zwei Personen wurden getötet, mehrere verletzt.

Niesenschnupfen mit Morphinum aus der Schweiz. Aus Basel erfahren wir: Die Expeditionsfirma G. Oth u. Cie expedierte im Auftrag von Herrn Dr. Fritz Müller, beide in Basel, — Häffer an den Vertreter P. A. Young der „Nippon Yusen Kaisha Linie“ in Marseille. Sie waren als Natrium bicarbonat, magnesium Sulfat deklarieren. Die Deklaration war falsch. In den Häffern befand sich nämlich Morphinum. Wegen dieser falschen Angaben wurde die Sendung wieder zurückgeschickt. Es wurde dann festgestellt, daß ein bestimmtes Quantum Morphinum auf der Reise gestohlen wurde, weswegen Anklage wegen Diebstahls erhoben wurde. Wie wir weiter erfahren, wird in der Schweiz trotz des Protestes unserer Genossen die Ratifikation der Opiumkonvention von den an den Schmuggelaffären interessierten Kreisen immer wieder verzögert.

Schwere Erkrankung Venizelos. Die „Chicago Tribune“ erfährt aus Athen, daß Venizelos Dienstag im Parlament von einem neuen Herzkrampf befallen wurde. Er wurde während der Sitzung ohnmächtig und sein Herz habe beinahe aufgehört zu schlagen.

16 Fischer ertrunken. Während eines orkanähnlichen Sturmes sind, wie aus Drontheim gemeldet wird, in der Nacht zum Sonntag mehrere Fischerboote in den Fischgründen außerhalb Fröden verunglückt. Im Laufe von 24 Stunden sind 16 Fischer ertrunken.

Eine erschütternde Totenwacht. Die Pariser Polizei fand in einer kleinen Wohnung einen Bubens von fünf Jahren, der drei Tage lang bei den Leichen seiner Eltern gewacht hatte. Als man in das Zimmer einbrang, lag das Kind schluchzend neben seiner Mutter und rief sie un-

ablässig beim Namen. Da das Geschäft sehr schlecht ging, verübten die Eltern Selbstmord. Als sich drei Tage lang nichts in der Wohnung rührte und man nur leises Schluchzen hörte, benachrichtigten die Mitbewohner des Hauses die Polizei, die die Tür der Wohnung erbrach. Mann und Frau lagen beide tot am Boden. Das kleine Kind, das vor Frost und Hunger zitterte, gab an, daß die Eltern sich Donnerstag nacht zur Ruhe begeben und bisher nicht wieder erwacht seien. Als es merkte, daß beide so kalt waren, legte es Decken auf sie, um sie zu wärmen. Während der dreitägigen Totenwache hatte es nichts zu essen, mit Ausnahme eines Stückchens Schokolade.

Zwei Streckenarbeiter totgefahren. Der Köhler DeJug, der um Mittag Wusternau, von Raibenz kommend, passierte, überfuhr ungefahr 200 Meter hinter dem Bahnhof Wusternau zwei Streckenarbeiter, die mit dem Rasenmäher von Laska beschäftigt waren und das Herannahen des Zuges nicht bemerkt hatten. Beide wurden vom Zuge erfasst und auf der Stelle getötet. Der eine der Unglücklichen wurde noch 100 Meter von der Lokomotive mitgeschleift, bis es gelang, den Zug zum Stehen zu bringen.

Explosion gegen Lastzug. Der Paris-Konstantinopler Expreszug ist Montag mit großer Verspätung in Mailand eingetroffen, nachdem er bei Belgrad in einer Galerie mit einem Lastzug zusammengestoßen ist, der an eine Maschine angefahren war. Zwei Schlafwagenbedienten wurden dabei schwer verletzt, der Maschinist des Expreszuges schwerbar verstimmt. Die Passagiere, unter denen einige leichte Verletzungen davontrugen, mußten in Eile den Zug verlassen, da die Flammen des brennenden Lastzuges den Expreszug zu ergreifen drohten. Ein Militärzug brachte Mannschaft, die die Strecke freimachte.

Mit Bomben gegen ein Operngebäude. Wie aus Kowno gemeldet wird, wurde dort während der Opernvorstellung am Dienstag, welcher zahlreiche hohe Staatsbeamte und Würdenträger beimohnten, gegen das Operngebäude eine Bombe geworfen.

Norwegische Polarexpeditionen. Norwegische Blätter machen darauf aufmerksam, daß die norwegische Flagge nunmehr sowohl im Süden als auch im Norden in weiteren Entfernungen weht als die Flaggen irgendwelcher anderen Staaten. Die norwegische Walfischfang-Expedition auf dem Schiffe „Sir James Clark Ross“ (der Name eines englischen Polarreisenden, welcher im Jahre 1842 auf 161 Grad weiltliche Länge die größte südliche Breite, nämlich 78 Grad 30 Min., erreicht hat, welcher Rekord 60 Jahre hindurch nicht geschlagen wurde), ankert im Ross Meer, 78 Grad 30 Min. südl. Breite, während das Schiff Roald Amundsen, „Maud“, nunmehr nahe der Neusibirischen Inseln ankert. Beide Schiffe befinden sich in ständiger Funkverbindung mit Christiania. Die Blätter erwähnen weiters, daß die Antwort auf eine aus Christiania an das Schiff „Sir James Clark Ross“ gefandte Runddepesche in Christiania nach 38 Stunden eingetroffen ist.

Das Erdbeben in Turkestan. Das Erdbeben, das vor einigen Wochen Turkestan heimsuchte, hat, wie der Ost-Expres berichtet, besonders im Gebiete von Samandiu schweren Schaden verursacht. Dort sind 400 Häuser eingestürzt und zwei Ramadanlager vollständig verwüstet worden. Das russische Rote Kreuz läßt die betroffene Gegend von einer Hilfskolonne bereiten, doch wird an die Hilfe des Staates appelliert werden müssen, um der Bevölkerung genügende Hilfe zu leisten. Ein leises Beben der Erde ist auch jetzt noch in mehreren Bezirken Turkestans von Zeit zu Zeit zu spüren, so daß die Bevölkerung dort in steter Besorgnis lebt.

Das Räuberwesen in Palästina. Reuter meldet aus Jerusalem: Zwei Unteroffiziere, die in einem Auto nach Jerusalem fuhren, wurden unterwegs von Räubern ermordet.

Wetterbericht vom 30. Jänner. Das Wetter hat sich im Laufe des Dienstag im ganzen Staatsgebiete gebessert, die Niederschläge haben abgenommen. Die Temperatur sank in der Nacht auf Mittwoch auf -3 Grad Celsius in den Niederungen und auf -5 bis -7 Grad Celsius in höheren Lagen. Das polnische Tiefdruckgebiet zerfällt, und das Binnenland fällt sich mit höherem Druck an. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Fortdauer der herrschenden Witterung.

Kleine Chronik.

Kapitalisten im Mittelalter.

Hermann Heber läßt im Verlag von R. Piper, München, eine Studie über den Augsburger Architekten Elias Holl erscheinen, die den Vorzug hat, daß sie den Meister lebenskräftig in seine Umgebung stellt und ihn auch selbst zu Worte kommen läßt. Heber schildert das Augsburg, in das Elias Holl hineingeboren wurde, folgendermaßen:

„Während für Nürnberg die Renaissance einen Ausklang bedeutete, ist sie für Augsburg der Höhepunkt seiner Kultur gewesen. Der Unterschied erklärt sich aus der wirtschaftlichen Sonderstellung der Handelsstadt am Lech. Im 14. Jahrhundert geht der Handel ein Bündnis ein mit dem Gewerbetreiben, vor allem mit der Weberei: Leinen, Tuch und Barchenerzeugung. Im 15. Jahrhundert kann er bereits zur Grundlegung von Syndikaten, Großhandelsgesellschaften, übergeben. Die Beschaffung der Baumwolle aus Venedig wird die Hauptaufgabe der

Kaufhäuser. Noch ehe die Namen Welser und Fugger aufstauden hält Crea Silvio Piccolomini, der Kaiser Kaiser Friedrichs III. und nachmalig Papst Pius II. Augsburg für die reichste Stadt der Welt. Das war 1458. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts emanzipiert sich das Geschlecht immer mehr. Von entscheidender Bedeutung ist dann der Anschluß der Augsburger Großhandelshäuser der Welser und Fugger an Portugal und Spanien gewesen — die Elastiizität, mit der sie, während das übrige Oberdeutschland mit Einfluß Nürnbergs in den italienischen Bankrott hinabgerissen wurden, den neuen Kurs des Welthandels an den Küsten des Atlantischen Ozeans zu nutzen verstanden.

In Lissabon und Sevilla erschienen im 15. Jahrhundert die Agenten der Augsburger Handelshäuser und sicherten sich ihren Anteil am neuen Geschäft. Ja, sie rüsteten eigene Schiffe aus, um, wie der Stadtschreiber und Humanist Konrad Peutinger rühmte, „als die ersten Deutschen Indien zu suchen“. Die Welser gingen zur Kolonialwirtschaft über, legten 1525 eine Faktorei in San Domingo an und eroberten von dort aus das „kleine Venedig“, Venezuela. Und wenn sie es auch nicht auf die Dauer gegen den Konkurrenzneid der spanischen und portugiesischen Kaufleute halten konnten, so blieb ihnen doch der Gewürzhandel mit Südamerika und Ostindien und zu Antwerpen wie zu Lissabon wußten sie ihre finanzielle Ueberlegenheit in die Waagschale zu werfen.

Der Ausbau des Augsburger Bankgeschäfts war das Werk der Fugger. Seit 1488 leitete Jakob, dessen Söhne in den Reichsgrafenstand erhoben wurden, nachdem er zu Venedig seine Lehrzeit durchgemacht, das größte deutsche Handelshaus. Sein Bestreben ging dahin, den Metallmarkt Europas zu beherrschen. In Ungarn, Tirol und Kärnten, ja selbst in Spanien erwarb er mit den kapitalträchtigsten Landesleuten im Verein die Erzgruben, seit 1498 gibt es in Augsburg ein europäisches Kupferindikat. Die päpstliche Kurie, aber auch die deutschen Kaiser ließen sich von ihm finanzieren. Karl V. hatte allen Grund zur Freundschaft mit Jakob Fugger: hatte ihm dieser doch von den 800.000 Gulden, mit denen die deutschen Fürsten zugunsten des Hauses Habsburg bestochen waren, zwei Drittel aus Augsburger Kassen verschafft. Während der Rat und die Kleinbürger von Augsburg mit warmen Herzen für die Reformation stritten, organisierten die Fugger und Genossen die Fehde gegen den Kaiser gegen dieselben Protestanten.

Man sieht, die Kapitalisten des Mittelalters verstanden ihr Handwerk nicht schlechter als die des 20. Jahrhunderts. Auch damals war das Kapital international, es hatte seine eigene Moral, und wie heute der Name Stinnes, so bedeutete damals der Name Fugger ein Schlagwort, das in aller Munde war. Hieß „Fuggern“ doch damals soviel als „wuchern“. Auch das Privatleben dieser mittelalterlichen Kapitalisten mutet zum Teil recht modern an. So sagt Elias Holl von Jakob Fugger, den er einen „wunderlichen“ Mann nennt: „Ich, Elias Holl, war hernach viel Jahr aneinander immer an dieses Herrn Gebäu, dann, wie gemeldet, haben wir alle Jahr zu brechen und zu verkehren, jetzt eine Stallung, bald einen Zummelplatz draus gemacht und viel wunderlichen ostwärts verricht; und alles gern und wohl bezahlt, was es gefordert hat. Ich hatte an diesem Ort gut leben, halte immer Wein genug; er führte eine hässliche Hofhaltung mit Essen und Trinken. Dieser Herr hatte auch viel Diener und Gesind, auch gewaltig viel teure Pferd zu acht bis zehn Hundert Gulden. Ich war diesem Herrn lieb, weil ich mich wohl in sein seltsamen Kopf schicken konnte. Er trank sich alle Tage gleich über Mittagsmahlzeit voll, hielt eine Tafel, hat täglich gern Gäste, die nur wohl saufen konnten.“

Wenn Elias Holl in seinen Tagebuchblättern an einer anderen Stelle erzählt, daß einer der Auftragneher seinem Vater ein Pferd geschenkt und wieder fortgenommen habe, weil er, der damals vierzehn-

jährige Sohn darauf geritten sei und daß sein Vater vor Gericht sein Recht nicht bekommen habe, weil der Verklagte „sehr hoch und fürnehm“ war, so mutet auch das nicht gerade unmodern an.

Die Bäume des Kapitalismus sind im Mittelalter nicht in den Himmel gewachsen. Die Staatsbankrotte Frankreichs und Spaniens führten zu schweren Finanzkrisen. Das Welser-Jah: Hans stellte 1614 seine Zahlungen ein und die Fugger gaben das Geschäft auf und lebten als Standesherrn. Und viel anders wird es auch dem modernen Kapitalismus nicht gehen, der seine geschichtliche Mission zu erfüllen hat und dann ebenso erledigt sein wird, wie es der mittelalterliche heute ist.

Meuternde Sträflinge. In Montevalla im Staat Alabama haben sich in einem Kohlenbergwerk entsephliche Szenen abgespielt. In diesem Ort befindet sich eine Sträflingskolonie, das Aldrich Prison Camp, in dem Häftlinge untergebracht sind, die zu Arbeiten in einem dortigen Kohlenbergwerk herangezogen werden. Von den Sträflingen, die in dem Bergwerk beschäftigt waren, begannen dreißigjährig zu meutern. Die verjagten die Aufseher und inszenierten ein Vernichtungswerk. Mit dem Dynamitpatronen, mit denen sie für ihre Arbeit ausgestattet waren, zerstörten sie in der Tiefe alle Maschinen und die Einrichtungen zur Sicherung des Betriebes. Die verjagten Aufseher hatten, gut bewaffnet, die beiden Bergwerksausgänge besetzt und hörten nun aus dem Innern der Erde fortwährend fürchterliche Explosionen. Dazwischen ertönten schrille Schreie der sich toll gebärdenden Meuterer. Das Höllentreiben unten im Bergwerk hatte aber für die Sträflinge nicht die gehoffte Wirkung. Sie erkannten schließlich, daß man sich durch ihre Zerstörungswut nicht einschüchtern lasse, und da sie, als ihr Mundvorrat aufgebraucht war, schließlich auch von Hunger geplagt wurden, blieb ihnen nicht anderes übrig, als sich zu ergeben. Sie kamen einer nach dem andern zu den Ausgängen hinaus und ließen sich von den Aufsehern ohne Widerstand festnehmen. Es ist noch nicht bekannt, was sie zur Meuterei getrieben hat.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Der geplante Anschlag gegen die Mieter.

Eine entschiedene Kundgebung unserer Parlamentarier.

In der letzten Zeit gingen durch die Koalitionspresse zahlreiche Meinungen über eine geplante Abänderung des Mieterschutzgesetzes; einige Blätter sprachen direkt von einem „Abbau“ des Mieterschutzes. Wenn auch vieles, was die Koalitionsblätter über den geplanten „Abbau“ des Mieterschutzgesetzes erzählen, nicht glaubwürdig erscheint, so muß bei der bestehenden Praxis, die die Verlängerung der terminierten sozialpolitischen Vorlagen immer zu deren Verschlechterung benützt, doch bedacht werden, daß tatsächlich ein neuer Anschlag gegen die sozial schwachen Schichten geplant ist. Um dieser Absicht der Koalition gleich im Keime entgegenzutreten, beschloß eine gestern stattgefundene Sitzung unserer Abgeordneten und Senatoren folgende Kundgebung, aus der die Entschlossenheit hervorgeht, einen Abbau des Mieterschutzes nicht zuzulassen.

Die Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren sprechen sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Milderung des derzeit be-

Stehenden Mieterschutzgesetzes zu Ungunsten der Mieter aus.

Die noch immer bestehende Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die stetig zunehmende Teuerung, die in vollem Ausmaße fortbestehende Wohnungsnot, welche infolge des durchaus unzulänglichen Bauförderungsgesetzes eher größer als geringer wird, lassen jede Einschränkung des Mieterschutzes, sowohl hinsichtlich der Höhe der Mietzinse, als hinsichtlich der Zulässigkeit der Kündigung als ausgeschlossen erscheinen. Der Klub sagt jedem Versuch eines Abbau des Mieterschutzes den schärfsten Kampf an und fordert weiters, daß die „Lex Reihner“ wieder in vollem Umfange Geltung erlange.

Da jedoch durch die Folgen des Mieterschutzes sonst vermögenslose Besitzer von Kleinhäusern in Mitleidenchaft gezogen werden, erscheint es notwendig, diesen proletarischen Existenzen durch Gewährung von Steuererleichterungen zu Hilfe zu kommen.

Der Klub fordert endlich mit aller Entschiedenheit die Wiederherstellung des Gesetzes zur Bauförderung, wie es bis zum Ende Dezember 1923 bestand.

Rückgang in der Aktivität der Handelsbilanz.

Das statistische Staatsamt, das vor einigen Tagen die Einfuhrziffern für 1923 bekanntgegeben hatte, teilt nun auch die Ausfuhrziffern für das vergangene Jahr mit, so daß eine Uebersicht über den Außenhandel im vergangenen Jahre möglich ist. Die wichtigste Feststellung, die aus dieser Uebersicht gewonnen werden kann, ist der Rückgang der Aktivität der Handelsbilanz von rund 5,4 Milliarden im Jahre 1922 auf 2,4 Milliarden 1923.

Die Gesamteinfuhr in die Tschechoslowakische Republik im Jahre 1923 belief sich auf 4.191.382,823 Kilogramm und 812.729 Stück Waren im Werte von 10.129.589.020 K. Da die Gesamtausfuhr im Jahre 1923 sich auf 11.309.772.495 Kilogramm und 4.748.515 Stück im Werte von 12.518.613.927 K belief, weist die Handelsbilanz für das Jahr 1923 ein Aktivum von 2.389.024.907 K auf (im Jahre 1922 ein Aktivum von 5.390.832.880 K).

Nach den einzelnen Ländern ergibt sich der Wert unserer Einfuhr und Ausfuhr im Jahre 1923 wie folgt:

	A. Einfuhr:	Um Jahre 1922
Deutschland	4.132.772.991 K = 40,82% (27,85%)	
Ver. Staat. v. N.	713.901.741 K = 7,05% (18,01%)	
Oesterreich	605.256.811 K = 6,57% (7,77%)	
Italien	462.755.830 K = 4,57% (2,33%)	
Niederlande	415.389.109 K = 4,10% (3,37%)	
Polen	378.338.271 K = 3,73% (2,56%)	
Frankreich	353.626.503 K = 3,49% (3,50%)	
Ungarn	353.226.114 K = 3,49% (5,39%)	
Großbritannien	336.850.715 K = 3,32% (5,14%)	
Jugoslawien	278.196.602 K = 2,75% (2,11%)	
Schweiz	214.809.068 K = 2,12% (1,33%)	
Rumänien	185.963.701 K = 1,84% (3,39%)	
Belgien	80.124.264 K = 0,79% (1,80%)	
Sonstige Staat.	1.558.377.900 K = 15,38% (15,45%)	
Im ganzen	10.129.589.020 K = 100% (100%)	

	B. Ausfuhr:	Um Jahre 1922
Oesterreich	2.039.180.999 K = 21,08% (21,95%)	
Deutschland	2.554.228.616 K = 20,40% (18,84%)	
Großbritannien	1.216.447.727 K = 9,72% (7,44%)	
Ungarn	713.724.062 K = 5,70% (8,78%)	
Ver. Staat. v. N.	556.663.029 K = 4,45% (5,15%)	
Jugoslawien	548.282.902 K = 4,38% (4,38%)	
Schweiz	487.430.043 K = 3,89% (1,57%)	
Italien	463.845.882 K = 3,71% (3,67%)	
Rumänien	405.244.245 K = 3,24% (2,69%)	
Polen	358.004.559 K = 2,86% (3,34%)	
Frankreich	302.345.846 K = 2,41% (4,80%)	
Niederlande	292.141.441 K = 1,85% (2,23%)	
Belgien	96.281.600 K = 0,77% (1,63%)	
Sonstige Staat.	1.944.828.017 K = 15,54% (13,38%)	
Im ganzen	12.518.613.927 K = 100% (100%)	

Der Rückgang in der Aktivität der Handelsbilanz hat wohl zwei Ursachen: Einmal der durch die herrschende Wirtschaftspolitik bewirkte außerordentliche Rückgang des Exportes und die durch die Besserung in der Konjunktur herbeigeführte relative Vergrößerung des Importes im zweiten Halbjahr. In der Zeit der Krise sind alle industriellen Rohstoffe nach und nach aufgebraucht worden und der belebtere Geschäftsgang erfordert größere Einfuhren.

Was die Richtung unseres Außenhandels betrifft, fällt vor allem die innige Verknüpfung unseres Wirtschaftslebens mit Deutschland und Oesterreich auf. Es kamen mehr als 40%, also mehr als zwei Fünftel unserer Einfuhr aus Deutschland, nach Deutschland und Oesterreich gingen gleichfalls mehr als 40%, also gleichfalls mehr als zwei Fünftel unserer Ausfuhr.

Offentlich werden die vom statistischen Staatsamt veröffentlichten Ziffern im Handelsministerium und im Ministerium des Auswärtigen wohl beachtet werden.

Die deutschnationale Lumperei in der Frage der Krankenversicherung.

Es ist noch in frischer Erinnerung, wie durch eine von deutschnationaler Seite, insbesondere von dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, mit allen möglichen Schlagworten geführte ziellose und wüste Agitation viele hundert, vielleicht tausende von deutschen Angehörigen aus dem in deutscher Verwaltung stehenden Krankentafeln herausgerissen und der eine unbestrittene Domäne der tschechischen Nationaldemokratie, also der extremen Chauvinisten und Deutschenfresser bildenden sogenannten Doppel-Krankentafel zugeführt wurden. Bekanntlich hat sich in dieser Angelegenheit auch ein Weisheitswörterchen dem Uq. Dr. Lodzman und dem Sekretär Ulrich des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes entzogen, die sich gegenseitig der Unwahrscheinlichkeit bezichtigten. Dr. Lodzman behauptet nämlich, er habe von dieser Versicherung deutscher Angehöriger nichts gewußt, während Ulrich steif und fest dabei bleibt, Dr. Lodzman sei ebenso wie andere deutschnationale Führer von Lodzman bis Jung über diese Aktion von Anfang an unterrichtet gewesen und habe ihr ausdrücklich zugestimmt. Diese zwar nicht große, aber so überaus bezeichnende Episode ist noch nicht abgeschlossen, denn die Frage, wer von den beiden Recht hat, indem er den anderen der Unwahrscheinlichkeit bezichtigt, ist bis heute noch nicht geklärt worden, zumindest wurde der Unentschiedenheit nichts mehr darüber mitgeteilt.

Jetzt scheidet wieder etwas durch den Schiefer, den die demagogische, auch vor den erbärmlichsten Mitteln nicht zurückschreckende deutschnationale Agitation um den wahren Kern der Sache zu weben verstanden hat. In einem anscheinend unbewachten Augenblicke plaudert ein den Dingen sehr A-ha-ha-ha-ha aus der Schule und in dem, was er uns zu erzählen weiß, finden wir soviel,

Ein Stück Brot.

In der schwerlastenden Winterdämmerung rauschte der Eisenbahnzug durch die Einöde. Der Wagen war fast leer; draußen herrschte Dunkel und Schneesturm.

Der Zug hielt bei einer kleinen Haltestelle. Niemand stieg ab; einer stieg ein. Er trat vorsichtig und schen ein, wie Wauern in ein Herrschaftshaus zu treten pflegen, und da niemand ihm befohl, wieder hinauszugehen und niemand ihn nach seinem Begehren fragte, so wählte er sich eine schmale Bank in der Ecke bei der Tür aus, ließ sein Handröckel auf den Boden zwischen die Füße gleiten und nahm den Hut ab.

Er war ganz beschneit und müde. Es war sichtbar, daß er einen langen Weg auf Eiern dahergefahren oder durch das Unwetter gestapft war. Sein Gesicht war mager, mit hohlen Wangen, der Blick müde und doch zugleich glühend. Ich versuchte zu erraten, was er sein könne und kam schließlich zu dem Schlusse, daß er ein Pächter auf neugeordnetem Lande sein müsse. Ein Arbeiter konnte er nicht sein, denn die gehen heute doch schon besser gekleidet. Bei ihm war aber alles sichtbar Hausarbeit, und dieser Anzug, der eigentlich nur aus Lappen bestand, war sicher die mühselige Arbeit seiner Frau.

Als er sich etwas umgesehen hatte, beugte er sich, um sein Ranzel zu öffnen. Nachdem er eine Weile in ihm herumgeföbert, zog er ein Bündel hervor und begann dessen Knoten zu lösen. Das ging nur ganz langsam, der steifen Finger wegen, und mir schien, daß je mehr Arbeit es ihm machte, um so größer wurde die Spannung auf seinem Gesicht und um so heftiger brannten seine Augen.

Von der Bank, auf der ich saß, beobachtete ich neugierig, was er dem Bündel entnehmen werde. Eine einzige schwarze Brotkruste war alles, was das Bündel barg. Als er diese endlich zwi-

schen den Händen hielt — und er packte sie mit beiden Händen, die, wie ich sehen konnte, zitterten —, wendet er sie hin und her, wie um sie von allen Seiten zu untersuchen. Es war zu sehen, daß schon früher an diesem Brote genagt worden war, und jetzt suchte er die geeignete Stelle, um diesem Brote aufs neue beizukommen. Sein Blick schien schmeichelnd über das Brot zu fahren und ein Gefühl herzlicher Befriedigung zog über sein Antlitz, während die Bewegungen seiner Finger gleichzeitig an das Spiel einer Ratze mit einer gefangenen Maus erinnerten.

Plötzlich schlossen sich die Finger hart um die Beute, der Mund öffnete sich, der Kopf streckte sich vorwärts, der Blick wurde beinahe wild, und die weitgeöffneten Augen schienen sich aus ihren Höhlen drängen zu wollen, und mit Zähnen, Nase, Gesicht und Mund und Augen warf er sich auf das Stückchen Brot, wie ein Raubtier sich auf die Beute stürzt. Er nagte daran wie eine Ratze, und ich hatte das Gefühl, daß es gefährlich wäre, ihn jetzt zu stören. Er hielt es lange zwischen seinen Zähnen und bis so kräftig zu, daß sich seine Augen schlossen — er biß, wie ein Hund auf einen Knochen losbeißt, während er gleichzeitig umher späht, ob jemand ihm den Schatz entreißen plane. Schließlich löste sich ein Stückchen von dem harten Brote los und er begann es langsam zwischen den Zähnen zu zermalmen. Nachdem er einigemal daran geknabert hatte, zog er aus seinem Ranzel eine Flasche mit saurer Milch hervor und nahm den Kopf nach rückwärts geworfen, einen Schluck aus ihr; jetzt zog er auch ein Stückchen gefalzenen Fisch hervor, und dann begann er allmählich immer beherrschter und ruhiger zu essen, bis er vollständig befriedigt war.

Aber ich hatte genug gesehen, um auf allerlei Gedanken zu kommen.

Es war, als ob dieses Brot kein ärgster Feind gewesen wäre, als ob seine lang zurückgedämmte Wut ihn dazu getrieben hätte, an

diesem Brostück alle Leiden zu rächen, die es ihm verursacht hat.

Es gibt manche, für die die Arbeit ein Vergnügen und das tägliche Brot seine ganze Entlohnung ist. Für jenen Belohnten ist das Brot nur ein kleiner Teil seiner Nahrung, das er im Vorübergehen kauft oder kaufen läßt; für den andern Entlohnten ist es die ganze Nahrung, und er muß all seine Lebenskräfte für dieses Ziel einsetzen. Er gehört zu diesen, und für ihn bedeutete der Erwerb des täglichen Brotes einen täglichen erneuten Kampf und Mühe, eine beständige Jagd nach der Beute, die, einmal gelangen, ohne Gnade und Bedenken den Bissen der Zähne ausgeliefert wird.

Wie ist er zu diesem Stückchen schwarzen und harten Brotes gekommen?

In dem kalten Walde hat er einen Acker gerodet. Der Acker hat nicht die Mittel, den Platz zu wählen, er muß sich mit jenem Platze für seine künftige Ernte begnügen, den man ihm zur Benutzung zuweist. Er hat Baumwurzeln und Baumstümpfe austrodern, Steine brechen müssen. Allein hat er all diese Arbeit ausführen müssen, denn er hatte nicht die Mittel, um sich einen Helfer zu dingen. Dann hieß es Schaufel und Pflug durch den steinigten Boden gehen lassen. Jahre sind vergangen, ehe es möglich wurde, sich Saatfort anzuschaffen und hier Roggen zu säen. Immer war er gezwungen, alles auf Kredit und zu teuren Preisen zu nehmen. Weber mit dem Boote noch mit dem Pferde konnte man von dem Ackerboden durch das sumpfige Land nach der ebenen Einöde gelangen; auf dem Rücken mußte er den Saatroggen durch Sümpfe und dichtes Waldgestrüpp tragen. Endlich hatte er sein Ackerfeldchen besät. Erst nach einem Jahre wurde die Saat reif. Während des Herbstes, Winters und Sommers galt es zu warten, zu warten in der fortwährenden Angst, daß der Schnee zu schwer

auf dem Acker lastet und die Saat erfriert, oder die Keime durch zuviel Feuchtigkeit verfaulen werden, dann wieder in der täglichen Angst warten, ob nicht Hagel oder Regenschauer oder ein jäh hereinbrechender Frost den aufstrebenden Roggen vernichten werde. Und jeder einzelne dieser Feinde nimmt etwas von des Armen Acker, von jeher magern Erde die selbst keine Kraft hat und diese nicht zugeführt erhalten kann. Und so sind es nur Ueberbleibsel, die geerntet und zwischen Steinen zerrieben werden, denn er hat kein Geld, um Roggen in der Mühle mahlen zu lassen.

Wenn er schließlich so weit gekommen ist, daß er daran gehen kann, den Teig zu bereiten, bemerkt er, daß, wenn es über den Winter reichen soll, er die Brote in sehr dünnen Scheiben backen und ganz hart ausdörren muß damit sie größer werden.

Und ein solches Stück Brot hat er vorhin gegessen, das war die Beute hinter der er so mühsam gejagt hatte.

Deshalb hat er sich mit einer solchen Wut auf das Brot gestürzt, wie um sich für alle die Leiden, die es ihm verursacht hat, zu rächen.

Aber jetzt ist er wieder ruhig. Er hat die Hälfte des Brostückes gegessen und packt jetzt die andere Hälfte wieder in das Bündel, um sie für eine andere Mahlzeit aufzubewahren. Er saß es behutsam an wie einen teuren Schatz, und sein Antlitz ist ruhig und sein Blick fast zart. Er sammelt die Krumen, die auf sein Knie gefallen sind, legt auch diese in das Bündel und senkt — senkt erleichtert.

Und ich kann mich nicht länger zurückhalten und fange ein Gespräch mit ihm an, frage wohin er reist. Und ich höre: er ist auf dem Wege nach dem Kreisgefängnis, um dort bei Wasser und Brot seinen Steuerrückstand abzuzinsen . . .

